Peter Helmes

Die grüne Apokalypse

Gefahr für Deutschland durch die grünen Polit-Amateure

Peter Helmes

Die grüne Apokalypse

Gefahr für Deutschland durch die grünen Polit-Amateure

Herausgeber:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e.V.
Eine Sonderausgabe des Deutschland-Magazin

1. Auflage August 2021

Alle Rechte bei:
DIE DEUTSCHEN KONSERVATIVEN e. V.
Beethovenstraße 60 – 22083 Hamburg
Telefon: 040 – 299 44 01 – Telefax: 040 – 299 44 60
www.konservative.de – info@konservative.de

Spenden-Konto:
IBAN: DE 86 2001 0020 0033 3332 05 – BIC: PBNKDEFF

Druck:
SZ-Druck & Verlagsservice GmbH
Urbacher Straße 10 – 53842 Troisdorf

Gestaltung des Umschlags:
Murat Temeltas

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einführung	6
Grüne Gesinnungsdiktatur	15
„Politisch korrekt“ – das ist jetzt Norm	16
Der Einfluß der Frankfurter Schule	20
Auf dem Weg zum Öko-Faschismus	22
Erstarken der Grünen in Deutschland	23
Die neue grün-rote Treibjagd: Klima der Verunsicherung – der Weg zur Neuen Gesellschaft	26
Der Zeitgeist siegt – oder: Wollen wir eine andere Gesellschaft?	27
Kapitulation der bürgerlichen Gesellschaft	32
NGOs als Vortruppe der grünen Gesellschaftsveränderer	34
„Annalena und Robert“ – das grünsozialistische Führungsduo	40
Annalena Baerbock – die gescheiterte grüne Moralinstanz	41
Annalena Baerbock – statt Stern eher Sternschnuppe	42
Schwacher „Rettungsanker“ Bundesparteitag	48
Habecks Selbstbekenntnis: Die „grüne Freiheit“ ist nicht frei	49
Die Parteispitze befiehlt, die Basis hat zu folgen	50
Das Wahlprogramm der Grünen – ein Manifest des neuen, grünen Sozialismus	51
Deutschland im Stechschritt ins Grüne!	52
Die CDU, die Grünen und das andere, das neue Deutschland	53
Was sagen die Grünen selbst über ihre Pläne?	60
Wie beurteilen andere das Wahlprogramm der Grünen?	61
Der Autor	64

Einführung

Totalitäres Grünzeug – der unprofessionelle Wahlkampf der Grünen

Es gibt Fehler. Alle Menschen machen Fehler. Niemand ist vollkommen. Fehler kann man korrigieren, aus der Welt schaffen – oder immer wieder machen. Und manchmal spricht man von „Fehlern“, die gar keine „normalen“ sind, sondern in der Natur der Sache (bzw. einer Person) liegen und sozusagen dazugehören. Um solch einen Fehler geht es:

Ein bis dahin unbescholtenes Menschenkind schreibt ein Buch, schreibt sich seine Träume und Wahrheiten von der Seele. ***„Jetzt – Wie wir unser Land erneuern“*** (Werbetext: *„Die Kanzlerkandidatin der Grünen erklärt, wie sie Deutschland verändern will und worauf es ankommt, wenn wir es in eine gute Zukunft führen möchten.“)*

So wird das neue Buch der „Kanzlerkandidatin der Grünen“, Annalena Baerbock, angepriesen. Oh wenn sie doch geschwiegen hätte! Sie wäre dann zwar nicht „Philosoph“ geblieben, aber hätte gewiß ein paar Fehler weniger an der Backe. Doch berauscht von ihren frühen Anfangspublicity-Erfolgen, will sie die Welt partout teilhaben lassen an ihren Weltverbesserungsideen.

Vermutlich hat sie sich vom Traum vieler politischer Amateure treiben lassen, die fest glauben, „die Welt“ warte auf ihre Gedanken und geistigen(?) Ergüsse. Schließlich macht es ja etwas her, wenn sein/ihr Name auf einem Buchtitel prangt! Das hebt, meinen sie, das eigene Ansehen, die Auflage – und die Wahlergebnisse. Wenn´s denn so leicht wäre!

Verbaerbockt: Erneute Plagiate
Der Volksmund hat dafür einprägsame Merksätze parat: *„Hochmut kommt vor dem Fall“ oder auch: „Vor den Erfolg haben die Götter den Schweiß gesetzt.“* Wohl ahnend, daß da Schweiß *und* Gehirnschmalz investiert werden müssen, verfiel die Autorin – immerhin die Vorsitzende der Partei Die Grünen – auf die (in ihren Augen) rettende Idee, sich fremder „Hilfe“ und fremder Federn zu bedienen. Warum schwitzen und selbst denken, wenn andere die Arbeit bereits gemacht haben, wird sie wohl gemeint haben. Also hat sie manches einfach abgeschrieben, kopiert und andere Quellen angezapft – ohne die wahre Quelle zu nennen. Das nennt man Plagiat – gleichgültig, ob es sich um ein wissen-

schaftliches Werk, einen Roman oder ein (auch persönlich gemeintes) „Sachbuch“ handelt.

Die Faktenlage ist eindeutig: Die (bald ehemalige?) Kanzlerkandidatin Baerbock hat ein neues Buch geschrieben, das so wichtig ist wie ein Kropf, aber umso mehr „Abgeschriebenes“ enthält. In ihrem neuen Buch finden sich mehrere Stellen, die nahezu wörtlich aus anderen Publikationen abgekupfert sind, ohne daß sie deren Autoren zitiert oder um Erlaubnis gebeten hätte.

Ob nun die Politikerin selbst, ihr Büro oder ihr Co-Autor – wer immer dafür verantwortlich ist, muß sich unethisches Verhalten vorwerfen lassen. Auch für Sachbücher gilt eine Quellenpflicht, Abschreiben bleibt Abschreiben. Dafür geben Deutschlehrer in der Schule eine glatte Fünf. Und nun, viel schlimmer, folgt bei vielen Kritikern – und das sind nicht alles Baerbock-Gegner – die z. T. entgeisterte Erkenntnis:

Die Glaubwürdigkeit von Annalena Baerbock ist dahin und damit die Aussicht auf die Kanzlerschaft. Sie wollte mehr sein, als sie ist. Also machte sie mehr aus sich, als der Wahrheit entspräche.

Sie täuschte, verfälschte Tatsachen und „frisierte“ ihren Lebenslauf – so, wie sie ihr neues Buch ***„Jetzt“*** schönte, aber selbstverständlich einen Haufen Gendersternchen einsetzte. Das Buch sollte ja „grün“ (und politisch korrekt) aussehen.

All das, zusammen mit den vielen inhaltlichen Fehlern, ist mehr als peinlich. Schlimmer, es läßt erkennen, daß Baerbock intellektuell und charakterlich untauglich für politische Führungspositionen – erst recht für das Kanzleramt – ist.

Dazu schreibt „altmod“, langjähriger Blogger und Facharzt:
„…Eine „Königin“, die sich wiewohl an Abgeschriebenem bereicherte und berauschte.
Ausrutscher und Fehltritte:

- *herablassende Charakterisierung des Mitbewerbers*
- *dabei selbst kränkelnd unter Sprechstörungen und kaputter Artikulationsfähigkeit*
- *eklatante Unkenntnis von einfachsten naturwissenschaftlichen Gegebenheiten und Arithmetik usw.*

- *Versuch der persönlichen Elitisierung durch gefälschte Lebensdaten*
- *Bereicherung an öffentlichen Geldern*
- *Mitverantwortung für unterschlagene Parteigelder (Potsdam)*
- *dreistes Kopieren fremder Texte beim Abfassen eines Buches*
- *usw., usw. …*

Es wird gewiss noch mehr an die Oberfläche kommen und irgendwann kommt es dann zur „Nacht der langen Messer".

Man möchte aber nicht unbedingt bis zum 26. September warten…"
(Quelle: https://conservo.wordpress.com/2021/07/03/mene-tekel/#more-32798)

Die „Verteidigungserklärung" der auf frischer Tat Ertappten ist dünn. Sehr dünn:

Sie habe eben „kein Sachbuch" geschrieben. Ach nee, auch wenn´s kein Sachbuch sein soll (was eigentlich sonst?), darf man dann nach Belieben Text klauen („kopieren und einfügen")?

Wie auch immer, an der Ex-Kanzlerin in spe wird etwas hängenbleiben. Denn die Bürger haben ein feines Gespür für Menschen, die mehr darstellen wollen, als sie in Wirklichkeit sind. Und das wird Baerbock noch lange anhängen.

So fällt es mir nicht schwer, mich der Meinung des CSU-Generalsekretärs Markus Blume anzuschließen, der die Vorwürfe des Gutachters Weber zum Anlaß für harte Kritik nahm:

„Vorsätzlich getäuscht, schlampig gearbeitet und bei der eigenen Leistung schon wieder hochgestapelt – das hat bei Annalena Baerbock scheinbar System und erschüttert einmal mehr ihre Glaubwürdigkeit", sagte er „Focus online".

Für die Grünen, die ihre moralischen Ansprüche und zuweilen auch ihre Selbstgerechtigkeit wie eine Monstranz vor sich hertragen, ist das politisch nahezu die Höchststrafe. Transparenz kann wehtun – vor allem dann, wenn es einen selber betrifft.

Man merkt: Der politische Betrieb nimmt Fahrt auf. Er wird härter – aber die drei Kanzlerkandidaten spüren dies in unterschiedlichem Maße.

Während SPD-Mann Olaf Scholz um jede Minute Aufmerksamkeit kämpft (und in Vergessenheit zu geraten droht) und der CDU-Vorsitzende Armin Laschet virtuell durch die Kreisverbände tourt, findet sich Grünen-Chefin Annalena Baerbock inmitten eines Orkans wieder. Nur gut zwei Monate ist es her, daß sie strahlend vor die Kameras trat und sich von ihrem Co-Chef Robert Habeck zur ersten Kanzlerkandidatin in der Geschichte der Partei ausrufen ließ.

Ausgeträumt! Zweieinhalb Monate vor der Bundestagswahl zeichnet sich ab: Aus den grünen Kanzlerinnenhoffnungen wird wohl nichts. Und es zeigt sich eine harte Wahrheit: Vorsitzende einer Partei von Amateuren zu sein, ist etwas anderes, als mit dem Anspruch anzutreten, eine der bedeutendsten Volkswirtschaften der Welt leiten und führen zu wollen. Wer kann sich heute vorstellen, daß eine Baerbock gleichberechtigt und gleichrespektiert neben einem Xi Jinping, einem Macron, einem Jo Biden etc. sitzen könnte? Es darf gelacht werden!

Wie auch immer, Armin Laschets CDU-Truppe braucht gegenwärtig nicht viel mehr zu tun, als abzuwarten. Sei es Selbstbesoffenheit oder Unprofessionalität: Die Grünen sind drauf und dran, sich selbst zu zerlegen; sie begehen einen Stil-, Planungs- und Kommunikationsfehler nach dem anderen.

Zwischen dem Frust über das deutsche EM-Aus und der Sorge vor Corona-Delta donnern die Schlagzeilen über den Plagiatsvorwurf gegen Frau Baerbock durch die Medienwelt. Die Parteistrategen der Grünen schossen mit schwerem Geschütz zurück, witterten einen „Rufmord“ und ließen den Promi-Anwalt Christian Schertz juristische Nebelkerzen werfen – trotz allen Getöses eine hilflose Reaktion. Die Gelassenheit und Souveränität, die es eben auch für ein hohes Staatsamt braucht, sucht man vergebens.

Es ist stets ratsam, sich von der Aufregung der Boulevardmedien nicht anstecken zu lassen, **aber selbst mit nüchternem Blick verfestigt sich der Eindruck einer Partei in Panik.** Jahrelang haben sich die grünen Parteistrategen um den Bundesgeschäftsführer Michael Kellner auf die angestrebte Machtübernahme vorbereitet, haben ihren parteiinternen Dauerzwist zwischen Realos und Fundis befriedet, haben die Basisarbeit in den Ortsvereinen gestrafft, haben ihre Kommunikation und Pressearbeit generalstabsmäßig organisiert und ganz viel weiße Kreide

gefressen – z. B. das Wort „pädophil“ in die Besenkammer gesperrt. Die Kür der Kanzlerkandidatin gelang weitgehend reibungslos, das Duo Baerbock/Habeck verbreitete Harmonie und Elan, überambitionierte Anträge aus der Parteibasis wurden auf dem jüngsten Parteitag abgebügelt. Alles schien bereit für einen fulminanten Wahlkampf, mehr Rückenwind ging eigentlich nicht.

Doch dann stolperte Frau Baerbock von einer Panne in die nächste. Sie vergaß, fünfstellige Verdienste an die Bundestagsverwaltung zu melden. Sie hübschte ihren Lebenslauf auf. Und nun kommt auch noch das neue Buch ins Gerede, das ihr eine intellektuelle Aura verleihen sollte. Nein, es handelt sich nicht um eine wissenschaftliche Arbeit, die formalen Vorgaben genügen müßte. Ja, die beanstandeten Passagen sind nach allem, was man bisher weiß, überschaubar. Trotzdem treffen die Vorwürfe hart. Zu offensichtlich sind die Ähnlichkeiten mit anderen Publikationen. Geschrieben hat das Buch zum Teil ein Co-Autor, aber Baerbocks Name steht auf dem Umschlag. Sie schmückt sich mit dem Werk. Also trägt sie die Verantwortung.

Sinn und Zweck eines Wahlkampfs ist, daß sich die Bevölkerung ein Bild machen kann. Erstens von den politischen Konzepten. Zweitens von den Spitzenkandidaten. Sie sind es, die die Ideen umsetzen und die Geschicke des Landes lenken wollen. An ihre fachlichen, strategischen und persönlichen Kompetenzen werden höchste Maßstäbe angelegt.

Wer ins Kanzleramt will, muß sich vorher von der Öffentlichkeit durchleuchten lassen, und das ist richtig so. Die Wähler haben einen Anspruch darauf, die Kandidaten von allen Seiten kennenzulernen, sowohl von den hellen als auch den dunklen. Und sie können erwarten, daß die Bewerber um ein Staatsamt ihre ganze Kraft und ihr Geschick investieren, um möglichst viele Menschen zu überzeugen. Daß sie sich auch dann bewähren, wenn ihnen der Wind ins Gesicht bläst.

Auch in Armin Laschets politischem Werdegang gibt es Merkwürdigkeiten. Der Lebenslauf des Unionskanzlerkandidaten enthielt ebenfalls Ungereimtheiten. Sein Verhalten rund um die Maskendeals seines Sohnes hat ihm den Vorwurf der Vetternwirtschaft eingebrockt. SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz wiederum kleben die Skandale um den Cum-Ex-Steuerbetrug und den Wirecard-Betrug am Fuß. Bei beiden geht es um Millionen Euro. Bei Frau Baerbock geht es um mehr, nämlich um die Glaubwürdigkeit.

Es ist eine alte Weisheit: Wenn angebliche Erfolge über die Wahrheit gestellt werden, ist das mehr als bedenklich. So entsteht kein Vertrauen, schon gar nicht in der Politik.

Wer einmal beim Schummeln erwischt wird, verliert sofort das Vertrauen – und alle weiteren Angaben werden durch die Brille des einmal Getäuschten gelesen. Mehr noch: Angaben, die als wahrheitswidrig identifiziert wurden, werden fast nie verziehen. Die Zweifel an der Glaubwürdigkeit einer solchen Person bleiben.

Der „Plagiatsjäger" Weber aus Österreich, der die meisten „unechten" Passagen in Baerbocks Buch aufdeckte, sagt es mit drastischen Worten (FAZ 2.7.21): ***„Langsam wird ein Muster des Nicht-Selber-Denkens und -Schreibens sichtbar."***

Und da sind wir wieder bei Baerbock. Man merkt es ihr an. Die grüne Spitzenkandidatin ist erkennbar verunsichert. Das ist verständlich, wenn man berücksichtigt, wie heftig sie attackiert wird. Facebook, Twitter und Co. griffen an, auch mit Gehässigkeiten und Bosheiten gegen sie. Die geschmacklose Kampagne der Lobbyorganisation INSM hat gezeigt, wie ihre Gegner vorgehen.

Aber diese Attacken sind nicht der Grund für die Probleme der Grünen. Der Grund sind ihre eigenen Fehler und die Art und Weise, wie sie damit umgehen. Deshalb zerbröselt ihr Umfrageerfolg, während die Union zulegt. Das macht die grünen Wahlkämpfer noch nervöser, dünnhäutiger, hektischer. Hopplahopp haben sie einen PR-Manager verpflichtet, der Frau Baerbocks Image aufpolieren soll. Wohl zu spät!

Die „Vorwärtsverteidigung" der Grünen geht voll daneben. Laut FAZ vom 3.7.21 bezeichnete Grünen-Bundesgeschäftsführer Michael Kellner die Anwürfe gegen Baerbock im Dlf als „Kleinigkeiten". Der Interviewer fragte leicht entgeistert zurück: „Kleinigkeiten?" Und Kellner bestätigte: „Kleinigkeiten". Was eigentlich bedeutet: **Macht doch nichts, wenn abgeschrieben wird. Wenn es nur die richtigen Leute tun. Die mit dem coolen Programm.**

Ob diese Art von „Verteidigung" hilft? Es sind nur noch wenige Wochen bis zur Wahl. Gegenwärtig hinterlassen die Grünen den Eindruck eines Stabhochspringers, der nach langem Anlauf ganz hoch hinaus will,

aber dann doch die Latte reißt, und einer Spitzenkandidatin, die die hochgesteckten Erwartungen an ihre Person nicht erfüllen kann.

(Zitate aus https://www.t-online.de/nachrichten/id_90365842/baerbock-vor-der-bundestagswahl-der-gruene-traum-vom-kanzleramt-zerbroeselt.html)

Und nun? Neue „Wahrheiten“?

Kanzlerkandidatin Baerbock verabschiedete sich Anfang Juli in Sommerurlaub – vermutlich arg frustriert. Die grüne Kanzlerkandidatin hat ihren Sommerurlaub angetreten, um Zeit mit ihrer Familie zu verbringen. Die Diskussion um mögliche Plagiate in ihrem Buch geht aber weiter. Auch gibt es neue Informationen zum (österreichischen) Medienwissenschaftler und Plagiatsjäger Stefan Weber.

Baerbock mußte sich mit Vorwürfen auseinandersetzen, sie habe in ihrem Buch Textstellen aus anderen Veröffentlichungen übernommen, ohne sie auszuweisen. Aber besagter Weber wies sie nach, erst einige, dann viele. Vielleicht nutzt Baerbock ihre Sommerpause, darüber intensiver nachzudenken – sollte sie jedenfalls.

Kellner: „Kleinigkeiten aufgebauscht“

Grünen-Geschäftsführer Kellner hatte zuvor Baerbock aufgrund von Plagiatsvorwürfen in ihrem neuen Buch verteidigt. Er halte die Debatte für überzogen. „Kritik ist völlig legitim (...), nur wir sehen eben auch, daß da auch Kleinigkeiten aufgebauscht werden“, sagte Kellner am Freitag im „ZDF-Morgenmagazin“. Als der Vorwurf der Urheberrechtsverletzung im Raum stand, sei es der Partei darum gegangen, ein Stoppschild zu setzen.

„Sowohl unser Anwalt als auch viele andere sagen: Das ist keine Urheberrechtsverletzung.“ Auf die Frage, wie in den vergangenen Wochen im Wahlkampf von Baerbock mehrere Fehler passieren konnten, sagte Kellner: „Manöverkritik machen wir intern. Das würde ich jetzt nicht übers ‚Morgenmagazin’ machen.“

Baerbock: Habe kein Sachbuch geschrieben

Medienwissenschaftler Weber hatte zuerst auf mehrere Stellen in Baerbocks Buch *„Jetzt – Wie wir unser Land erneuern“* hingewiesen, die auffällige Ähnlichkeiten zu anderen Veröffentlichungen aufweisen. Die Grünen wiesen den Vorwurf angeblicher Urheberrechtsverletzungen zurück und argumentierten wie auch der Verlag, die Wiedergabe allgemein bekannter Fakten sei unproblematisch.

Da fasse ich mich als alter „Polithase“ doch an den Kopf. Gerade diese Reaktion der Grünen zeigt, daß sie weit von professionellem Handeln entfernt sind. Urheberrechtsverletzungen sind ein Delikt – und keineswegs „unproblematisch“. Da kennt die Öffentlichkeit gewiß kein Erbarmen!

Baerbock hatte in einem Gespräch mit Journalistinnen der Zeitschrift „Brigitte“ gesagt: „Ganz viele Ideen von anderen sind mit eingeflossen“. Und weiter: *„Aber ich habe kein Sachbuch oder so geschrieben, sondern das, was ich mit diesem Land machen will – und auf der anderen Seite die Welt beschrieben, wie sie ist, anhand von Fakten und Realitäten.“* Sie halte es für wichtig, selbstkritisch zu sein, aber auch deutlich zu machen, wofür man stehe und falsche Behauptungen zurückzuweisen…

Plagiatsjäger arbeitete auch für die Grünen
Unterdessen wurde bekannt, daß Gutachter Weber in einem spektakulären Fall auch schon für die Grünen gearbeitet hat. Im erbittert geführten Streit um die europäische Zulassung für Glyphosat hatte er mit einem Aktivisten der Organisation Global2000 ein Gutachten des Instituts für Risikobewertung zur Gefährlichkeit untersucht. Die Grünen hatten seinen Befund massiv verbreitet. Weber war zum Schluß gekommen, daß im BfR-Bericht wesentliche Angaben wörtlich übernommen waren von Herstellern des umstrittenen Unkrautgifts. Wie die FAZ berichtete, trugen die Europäischen Grünen ein Drittel der Kosten.
(Quelle für die letzte Meldung: 02.07.2021, 16:10 Uhr | dpa, t-online)

Den publizistischen Anstand verletzt
Es hilft nichts. Im neuen „Fall“ der Kandidatin darf man nüchtern feststellen, daß „abgeschrieben“ wurde. Nur die Kandidatin scheint dies nicht zugeben zu wollen. Sie hat wohl immer noch nicht begriffen, daß sie – vor allem als Kanzlerkandidatin – unter Beobachtung einer breiten Öffentlichkeit steht.

Die FAZ vom 1.7.21 schreibt denn auch schonungslos offen: ***„In dieser Hinsicht gibt es wenig zu diskutieren. Baerbock und ihr Verlag haben mit der Veröffentlichung dieses Buchs den publizistischen Anstand verletzt. Statt Empörung über eine angebliche Rufmordkampagne wäre eine Entschuldigung fällig, sodann eine baldige Überarbeitung der fraglichen Stellen…“*** **(…)** *„…Da man es sich mit*

der Faktenlage leicht machen kann, ist vielleicht eine andere Frage am Platz: Warum hat sie es getan? Warum arbeitet die Spitzenkandidatin der Grünen in ihrem Buch „Jetzt – Wie wir unser Land erneuern“ so schlampig? Kann sie angenommen haben, es merke keiner?“

Was bleibt? Tiefe Enttäuschung und Wut
Die Grünen, die Saubermänner und -frauen der Politik? An diesem Bild haben die Grünen Jahrzehnte gestrickt, und viele haben ihnen das Saubermann-Image abgenommen. Aus und vorbei!

Der Eindruck hat sich verfestigt, die Grünen sind eine charakterliche Trümmertruppe: unfähig, unglaubwürdig, unethisch.
Dazu gehört ihr Umgang mit der Krise. Die sich einst so liberal, so freiheitlich gebende Ökotruppe verfällt nicht nur in Schnappatmung – das wäre ja noch verständlich – sondern greift ganz tief in die unterste Schublade beleidigter Leberwürste: Nicht die eigenen Fehler sind es, die den Skandal ausmachen, sondern die Kritik daran. Ja, hatten Baerbock und ihre Grünen gemeint, sie würden jetzt auch noch mit einem Heiligenschein geschmückt? Nein, und nochmals nein, wer auf berechtigte Kritik an der Stümperei der eigenen Arbeit so reagiert wie die Grünen, hat keinen Charakter. Die Reaktion der Parteivorderen zeigt einen gar nicht mehr verdeckten Hang Freie-Presse-feindlicher Gesinnung, die nicht weit von einer totalitären Denke entfernt ist. „Ihr habt nicht das Recht, uns zu kritisieren“, wird da signalisiert.

Erlaubt ist wohl nur, was den Grünen nutzt. Das ist in höchstem Maße bedenklich. Und Menschen mit einer solchen Grundeinstellung sollten nicht, niemals, ins Kanzleramt ziehen dürfen.

*****

NACHTRAG
Bisherige Zwischenbilanz zum Buch von Kanzlerkandidatin, Hochstaplerin und Plagiatorin #Baerbock:
** Anzahl Plagiate: 29*
** Plagiierte Autoren: 16*
** Plagiierte Medien: 14https://t.co/qNLpzPfhIt #Baerplag #BaerBook*
(Quelle: Hartes Geld (@Hartes_Geld) July 4, 2021)

*****

Grüne Gesinnungsdiktatur

Die Grünen sind in Wahrheit die Chef-Zersetzer europäischer Werte. In dieser Partei sammelt sich wie in keiner anderen das Konzentrat des Ungeistes der ´68er. Grüne setzen nahezu wortgenau das heimtückische Zersetzungsprogramm der „Frankfurter Schule“ um, deren verwerflichste Lehre ist, die alte Gesellschaft zu zerstören und eine „Neue Gesellschaft“, einen „Neuen Menschen“ zu schaffen. Karl Marx läßt grüßen.

▪ Jeder, der die Grünen wählt, wählt den Untergang Europas in seiner bisherigen Form: des mit Abstand zivilisiertesten, technisch, kulturell und wissenschaftlich fortschrittlichsten Kontinents der Menschheitsgeschichte.
▪ Jeder, der sein Stimme den Grünen gibt, gibt sie damit auch dem Islam und damit der Umgestaltung Europas in ein rückschrittlich-archaisches Kalifat, wie es den islamischen Staaten gemein ist.
▪ Jeder, der grün ist, fördert mit seiner gewollten oder stillschweigenden Unterstützung des Islam die Unterdrückung der Frau, die Teilung der Menschheit in „Rechtgläubige“ und „Ungläubige“ und fördert damit den ewigen Krieg des Islam über diese Welt (Karl Marx).
Die Grünen erscheinen – sich harmlos gebend – als Rotkäppchen in unserer Märchenwelt. Das politische Rotkäppchen ist jedoch kein Märchen – aber viele Bürger ließen sich vom Märchen einlullen: Es genügt offenbar, daß sich der Wolf wie ein Schaf verkleidet. Und die Menschen fallen wie damals das Rotkäppchen auch heute noch darauf herein. ***Die Grünen sind in unserer Jetztzeit „rote Wölfe im grünen Schafspelz“.***

„Politisch korrekt“ – das ist jetzt Norm

Dank der ´68er- und ihrer Nachfolge-Generation hat sich unsere Gesellschaft immer negativer verändert. Weite Teile der Bevölkerung merken dies nicht oder – schlimmer – wollen es nicht sehen. Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, können sie sich nicht vorstellen, daß sie getäuscht werden. Sie glauben der einseitigen Berichterstattung linksgleichgeschalteter Medien und nehmen die Bedrohung nicht wahr.

Das ist die offenbar unaufhaltsame Zerstörung unseres Landes in moralischer und ethischer Hinsicht. Was einst richtig, gut, vernünftig war, wandelt sich ins Gegenteil zu einem einzigen Schwachsinn... Heute wird vorgegeben, was wir zu denken, zu sagen und wie wir zu handeln haben. „Die AfD ist rechts“, „die Pegida ist faschistisch“ – das wird als Norm verkündet und von Medien nachgebetet. Das braucht man nicht zu rechtfertigen oder zu begründen. Das ist jetzt Norm, weil politisch korrekt. Da nützt auch nichts der Hinweis, die AfD sei eine Partei, die sich sofort (und nachweislich!) von Parteimitgliedern trennt, wenn sie erfährt, daß sich ein Nazi-Sympathisant eingeschlichen hat. Das übergeht man „politisch korrekt“.

Zurück zum Gedankengut der ´68er, die von einem Hauptgedanken getragen waren: **Was macht man, wenn man ein Land ändern, die Gesellschaft zerstören will?**
– mit Gewalt?
– oder mit innerer Zersetzung?

Mit Gewalt: Das haben die Alt-´68er versucht – und sind nicht nur mit der Baader/Meinhof-Bande, sondern auch generell, gescheitert. Also mußten sie feststellen: Mit Gewalt geht´s nicht.

So blieb noch die Zersetzung von innen, feinsinnig als „Marsch durch die Institutionen“ bezeichnet.

Da saßen – tatsächlich – Leute wie Gerhard Schröder, Otto Schily und Genossen in Bonn beim Bier in ihrer Stammkneipe zusammen und beratschlagten, was zu tun sei. Ihnen war klar, daß es eine weitumfassende Strategie zur Infiltration der Gesellschaft sein muß.

Dazu gehörten (nur als Beispiel):

- Bildungseinrichtungen (Lehrer, Unis, Schulen, Bildungspolitik...)
- Justiz (heute rechnet man damit, daß ungefähr 60% der Richter ihre geistigen Wurzeln bei den ´68ern haben)
- die Kirchen, zuerst und vor allem die evangelische
- die Medien

Als dann die katholische Kirche dran war (und anbiß), war klar, daß man deren Dogmen aushöhlen, sie ideologisch unterwandern muß. Alte Tabus mußten aufgebrochen werden (Beispiele: Scheidung, Homosexualität, Zölibat...). Ergebnis: Die, die noch an den alten Glaubensprinzipien festhielten, wurden als die Ewiggestrigen, die „Vermufften", dargestellt.

Und jeder Priester, der sich „öffnete" (auch hinten), gab der Kirche „ein modernes, zeitgemäßes" Gesicht. So einfach geht das! Und – wie die Gegenwart zeigt – so einfach funktioniert das auch.

Und um den Kirchen und der alten Gesellschaft den Boden ganz zu entziehen, mußte diese Gesellschaft auch von außen (im wahrsten Sinne des Wortes) „aufgemischt", mußten also fremde Bräuche, fremde Völker, fremde Sitten eingeführt werden. Das stand dann für „weltoffen" – während die „Alt-Deutschen" als vermuffte, fremdenfeindliche Wesen zurückblieben.

So also entstand „Multikulti", gefeiert von der längst unterwanderten Presse. Und man suchte sich Leitfiguren in Politik, Sport etc., die für diese „Weltoffenheit" demonstrierten, was man am besten tut, wenn man sich mit diesen Fremden verbrüdert bzw. verschwestert, also über Grenzen und Nationen hinweg heiratet.

Die ´68er haben eine regelrechte Gesinnungs-Diktatur gegründet, in der nur der politisch ernstgenommen werden darf, der sich „politisch korrekt" verhält. Diese „Political Correctness" durchdringt weite Bereiche unseres Lebens schon heute – das Ergebnis rund vierzigjähriger Wühlarbeit der ´68er.

Die Dimension und die Geschwindigkeit der Gesellschaftsveränderung ist atemberaubend: Für die Frohbotschaft des HERRN und die Verbreitung unseres Glaubens in Europa haben die Christen Jahrhunderte benötigt, für die Verbreitung der gottlosen Vorstellungen der Grün-Roten reichten gerade ‘mal dreißig, vierzig Jahre.

Der von der APO einst verkündete „Marsch durch die Institutionen“ ist zu einem Eroberungsfeldzug geworden, dessen Opfer vor allem unsere Kinder und Kindeskinder sein werden – durch (von den Grünen in Gang gesetzte) Verdummung, Leistungsfeindlichkeit, Versorgungsdenken, Entwurzelung der Familie als Kernbestand unserer Gesellschaft, durch Infiltration aus anderen Kulturkreisen, Entnationalisierung etc.

Mit Konsequenz zu Ende gedacht, ist das grüne und linke Staatsverständnis nicht weit von einem faschistoiden Staatsverständnis entfernt, dessen elitäre Volkserzieher offensichtlich Mao Tse-Tung oder Pol Pot wesentlich näher zu stehen scheinen, als sie jemals zugeben würden.

Drangsalieren, schikanieren, abkassieren: Der grüne Staat trimmt die Bürger auf Linie. Links-Grüne Quotenphantasien ersetzen Angebot und Nachfrage. Politisch Andersdenkende werden denunziert, dämonisiert, ausgegrenzt.

Die Bürger in Deutschland sollen Elektroautos kaufen, nicht mehr rauchen, weniger Fleisch essen, sich Zuwanderern anpassen, die richtigen Parteien wählen, Heterosexualität als soziales Konstrukt begreifen (Homosexualität jedoch als normal), sie sollen Angst vor Klima, Atom und Fracking haben, keinesfalls aber vor Islamisierung und Masseneinwanderung, gegen Rassismus und Sexismus sein, ausgenommen, dieser richtet sich gegen die „alten weißen Männer“. Sie sollen sich pünktlich bei der örtlichen Einwohnerbehörde melden, keine Waffen besitzen, ihre Kinder zu kapitalismuskritischen, ökologisch korrekten Genderwesen erziehen lassen, energieeffizient bauen, fein säuberlich den Müll trennen und, zu guter Letzt, abweichende Meinungen ordnungsgemäß denunzieren.

Haben die Grünen einmal ein Thema „besetzt“, finden sie bald ein weiteres. Für ihre Gesinnungsdiktatur scheint es keine Grenzen zu geben.

Wenn es ‘mal nicht um Verbote, sondern um Verheißungen gehen soll – die Grünen sind dabei. Nachdem sie uns die Erde lange genug miesgemacht haben, folgt nun die grüne Frohbotschaft. Sie geben in diesem Schmierenstück den Retter des Erdballs und erheischen mit ihren Befreiungssprüchen Glanz und Gloria, zumindest moralisch.

Das Geschichtsbild über Deutschland wird von den Grünen höchst einseitig interpretiert. Da weht der Geist der ´68er kräftig. Die heutige Jugend weiß alles über Hitler und den braunen Faschismus, erfährt im Geschichtsunterricht jede Nuance der braunen Diktatur und wird angehalten, „gegen rechts“ zu sein. Die APO ist auch deshalb entstanden, weil die damaligen Studenten ihren Vätern (und Müttern) Versagen gegenüber den Faschisten vorwarfen.

Aber die Gegenfrage darf auch, ja muß gestellt werden: Was und wieviel erfahren die Kinder der APO-Generation über die Linksfaschisten und die Greueltaten ihrer einstigen (?) blutigen Ikonen? Distanzieren sie sich heute auch von ihren geistigen Vätern – wie sie das von unseren Vätern gefordert haben?

Kleine Gedanken-Brücke: Wie oft haben sie, die „blütenreinen“ Demokraten der Grünen, uns schon aufgefordert, uns vom braunen Terror zu distanzieren? Haben wir doch tausendmal getan! Aber wo ist ihre Distanzierung von ihren einstigen roten Ikonen, an denen mehr Blut klebt als an allen anderen???

Die Grünen erheben ungeniert den Anspruch, im Besitz der alleinseligmachenden Wahrheit zu sein. „Wir gehen den richtigen Weg, Ihr müßt uns nur folgen“, heißt ihre Botschaft. Der Absolutheitsanspruch ihrer Mission läßt keine Konkurrenz zu. Sie wollen die Macht, möglichst ungeteilt, um die Gesellschaft nach ihren Heilsvorstellungen umzubauen. Und dazu verzichten die Grünen offensichtlich gerne auf eine großes Stück Freiheit und wenden sich eher staatsdirigistischen Eingriffen zu.

Der Einfluß der Frankfurter Schule

Schon Karl Marx träumte davon. Sartre, Simone de Beauvoir und die „Frankfurter Schule“ haben diesem „Neuen Menschen“ den Weg bereitet. Scheinbar hilflos schaut „der Bürger“ zu, wie ihm der vertraute Boden unter den Füßen weggezogen wird. Und das „Establishment“ – die Gemeinschaft der gesellschaftlichen Posten-Inhaber – tut so, als wäre das nichts Bemerkenswertes, darauf vertrauend, daß ihnen nichts geschieht, und wird so zum Steigbügelhalter der Revolution.
Geschichtlich, philosophisch und erst recht ideologisch treffen die Bürger absolut unvorbereitet auf die neuen Ideen. Ihre Hilflosigkeit wird zur Wehrlosigkeit und verhilft den bösen Kräften zu immer neuen Erfolgen. Die Ideologie der Gesellschaftsveränderer, nein, der Gesellschaftszerstörer der alten Gesellschaft, nimmt Platz im politischen Bereich und erobert nach und nach alle Position in Kultur und Bildung unserer Gesellschaft.

Ergebnis: Die (alte) Gesellschaft stirbt, wird ausgerottet – und ersetzt durch eine „offene Gesellschaft“, die keine Traditionen kennt, keine christlich-abendländischen Werte und keine nationalhistorische Verantwortung. Die alten Werte werden aufgekündigt, verächtlich gemacht oder gleich in die Tonne getreten. Und die Grünen wirken kräftig dabei mit, verstehen es aber inzwischen, ihre Grundlagen zu verschleiern.

Die andere grüne Partei: Noch mehr Staatsdirigismus und viel Umweltschutz
Die Grünen befinden sich seit Monaten in einem weitgehend positiven Umfrage-Umfeld – mal knapp über, mal knapp unter 20 Prozent, obwohl ihre Ziele unverändert realitätsfremd sind. Durch die Plagiatsdebatte rutschten die Grünen allerdings ab Juni dieses Jahres ein gutes Stück nach unten.

Dennoch lohnt es, sich mit dem „Aufschwung“ dieser Partei zu beschäftigen, da hier ein Musterbeispiel an Demagogie, Manipulation und Aggression besichtigt werden kann.

Jubelperser und Heilsversprecher
Es war ja schon erstaunlich, in welch kurzer Zeit die medialen Jubelperser der Linkspresse von der SPD weg – und hin zu den Grünen geschwenkt sind. Je mehr die SPD (und die Linkspartei) an Ansehen in der

Bevölkerung verloren, desto stärker wurden die Grünen hochgejubelt.

Versteht sich von selbst, daß die sogenannten bürgerlichen Parteien von denselben Journalisten in Grund und Boden geschrieben bzw. geredet werden. Denn diese Art von Meinungsmanipulatoren hat nach wie vor den Grundsatz verinnerlicht, daß das Volk gefälligst „links“ zu sein hat – das heißt zur Not zwar noch SPD, aber seit einiger Zeit mehr noch vor allem „grün“, zumal die SPD zusehends zu einem Auslaufmodell verkommt.

Das Versagen der SPD und der Linkspartei auf allen Ebenen – sachpolitisch und personell – und das Herumgeeiere der Union (wie auch der FDP) ließen und lassen den Grünen in der Tat viel (zu viel) Spielraum, sich als „seriöser Partner“ anzubieten.

Hinzu kommt, daß die Grünen seit etlichen Jahren hier Regierung und da Opposition spielen dürfen. Sie können intrigieren, polemisieren, fordern, was sie wollen, und brauchen ihre Heilsversprechen nicht einzuhalten, solange sie sich in einer Oppositionsrolle befinden. Konsequenzen brauchen sie also nicht zu fürchten. Wenn sie aber in einer Regierung sitzen, handeln sie häufig nach der Devise „was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“. Der geradezu klassische Prototyp eines solchen politischen Seiltanzes ist Kretschmann: im Kopf Marxist, im Gehabe „gütiger Landesvater“.

Außerdem werden die Grünen noch immer weitgehend als eine Ein-Themen-Partei („Schutz der Natur“, was den Bürgern nett im Ohr klingt!) wahrgenommen und vermeiden somit klare Alternativen auf den übrigen Politik-Feldern, auf denen sie mit Widerstand rechnen müßten. So bieten sie im öffentlichen Ansehen eher als die anderen Parteien ein „Wohlfühlangebot“ und können es sich leisten, „gegen alles“ zu sein, was ihnen nicht paßt. Da macht es auch nichts, daß sie – Beispiel Stuttgart 21 – plötzlich ureigene grüne Ziele bekämpfen – „mehr Bahn“ – und sich bei den Dagegen-Protestierern in die erste Reihe stellen. Hauptsache, man ist an der Spitze des Zeitgeistes.

Auf dem Weg zum Öko-Faschismus

Sie, die so gerne „modern“ daherkommen, sind gegen alles, was nach Fortschritt aussieht: gegen neue Technologien – außer Windrädern oder Solarenergie –, grundsätzlich gegen Großprojekte und natürlich gegen Atomstrom und Fernstraßen.

Polemisch gefaßt: Für sie ist der beste Verkehr wohl der, der gar nicht stattfindet. Sie setzen sich zwar gerne für lokale Verkehrsinteressen – „ÖPNV“ – ein, verweigern sich aber den nationalen und internationalen Bedürfnissen des Fernverkehrs, der gerade für ein Exportland wie Deutschland unverzichtbar ist.

Dürften die Grünen Politik gestalten, wie sie wollten, wäre Deutschland bald ein technisch rückständiges Armenhaus. Was unser Land einmal groß gemacht hat – Innovationen, Tüfteln, Erfinden und Entdecken – wäre bei den Grünen nicht einmal in einer kleinen Nische möglich. Sie sind rückwärtsgerichtet.

Die Politik der Grünen wird von Medien und Öffentlichkeit durch einäugiges Betrachten falsch wahrgenommen. Entgegen ihrem Lieb-Mensch-Tun stehen die Grünen auf einem durchaus aggressiven Fundament: Marktwirtschaftliches Denken ist ihrem Programm im Prinzip fremd. Stattdessen huldigen sie einem verschwommenen Staatsdirigismus, fordern staatliche Eingriffe zuhauf und Verbote über Verbote. Sie wollen letztlich – ähnlich wie ehedem die Kommunisten – den Menschen „an die Hand nehmen“ und ihn bevormunden.

„Bürgerliches“ Getue und Gutmenschtum

Der Unterschied zu den Sozialisten aller Prägung ist, daß sich die Grünen einer bürgerlichen Sprache befleißigen; sie kommen sanft daher, sind in Wirklichkeit aber nicht frei von einem „Allein-Richtig-Anspruch“ (und damit nicht sehr weit von totalitären Ansprüchen weg). Was „gut“ ist, bestimmen die Grünen, die geborenen Gutmenschen. Ihr Mantra lautet „grün“, zurück zur Natur; da sind Ideen für ein zukunftsfähiges Deutschland eher Fehlanzeige, und „mündige Bürger“ stören nur. Der Schritt zu einem neuen **„Öko-Faschismus“** ist da nicht mehr weit. Politisch verantwortliches Handeln sollte man ihnen jedenfalls nicht bescheinigen.

Die Grünen haben allerdings inzwischen hinzugelernt. Aus den teils verspielten, teils ruppigen und radikalen „Öko-Fuzzis“ von einst ist eine sehr ernstzunehmende Kampftruppe geworden – Strategisches Ziel: ein neues Deutschland, eine neue Gesellschaft und die Macht

Erstarken der Grünen in Deutschland

Die Grünen könnten nach der Bundestagswahl im Herbst zur stärksten oder mindestens zweitstärksten politischen Kraft werden. Sie profitieren von der Corona-Pandemie und dem Chaos in den Reihen der Union. Ein grünes Deutschland führt aber zu einem schwächeren Europa. Die Ansichten der Grünen zur Sicherheitspolitik und zur Nato sollten große Sorgen hervorrufen – insbesondere in Polen und den baltischen Staaten. Die Präsenz Amerikas in Europa sehen die Grünen nämlich eher mit Abneigung und die Nato als unnötige Belastung. Eine klare Aussage dazu gibt es von den beiden Vorsitzenden Baerbock und Habeck nicht.

In der Sprache gemäßigt, im Auftreten bürgerlich, aber nach wie vor hart in der Sache zeigen die Grünen, daß sie das Tarnen und Täuschen perfektioniert haben. Sie haben gelernt, ihre linksextremen Wurzeln und ihre gesellschaftszerstörende Ideologie zu verschleiern.
Ihre politischen Ziele formulieren sie heute als Politik für den Fortbestand der Menschheit in einer „gesunden, ökologischen Welt“. Mit dem Kampf ums Klima, das uns die Luft zum Atmen garantieren soll, haben die Grünen ein ökologisches Etikett gefunden, das so platt, allgemein und widerspruchsfrei daherkommt, daß es als solches kaum angegriffen werden kann. „Ökologisch“ und „Klima“ sind das magische Begriffspaar – der Schlüssel, mit dem die Grünen die Türen der Gesellschaft aufschließen und neue Wege eröffnen wollen. UND: Es ist ein Thema, das Medien, „gesellschaftliche Gruppen“, Kirchen, „Influencer“ usw. nur zu gerne aufgreifen und übernehmen. Es erlaubt nahezu jedem, seinen Senf dazu zu geben.

Auf dem Weg zur Öko-Diktatur – der „grüne Wahrheitsanspruch“
Das Hintergründige wird verdeckt: Mit „Klima“ bzw. der Warnung vor „apokalyptischen Folgen“ einer verfehlten Klimapolitik können Grundrechte beschnitten, die Gesellschaft – nachdem sie vorher zerstört wur-

de – ad libitum „umgestaltet“ und aus der Marktwirtschaft eine („ökologische“) Planwirtschaft geformt werden.

„Ökologisch bedeutet daher viel mehr als nur Natur- und Umweltschutz. Das Umschwenken in eine ökologisch tragfähige Gesellschaft geschieht als Abbau der Verdrängungskonkurrenz zwischen den Menschen, als Abbau des Patriarchats und anderer Herrschaftsverhältnisse“

(aus dem Programm der (Grünen) Alternativen Liste Österreich aus den 1980ern.)

Machen wir uns nichts vor! Wir sind auf dem Weg Richtung Ökodiktatur schon weit gekommen. In der Klimadebatte erheben die Grünen einen exklusiven Wahrheitsanspruch. Das schließt selbstverständlich Widerspruch aus.

Folglich ist jeder ein Klimaschädling, der die Grüne Heilslehre ablehnt. Er wird nicht nur bekämpft, sondern im Zweifelsfalle vernichtet! Es geht schließlich nach Überzeugung der Grünen um die Rettung der Menschheit, und da ist nur treue Gefolgschaft erlaubt, Zweifel werden nicht geduldet.

Aber bei den Grünen geht es nicht nur um Ökologismus
Die Grünen sind jetzt eine kulturmarxistische, internationalistische Partei. Die Umstände wollen es, daß sie (die Grünen) derzeit auf einen viel zentralisierteren EU-Staat, eine Fiskalunion – Stichwort: immer mehr Gelddrucken durch die Europäische Zentralbank – und auf ein Europa treffen, das sich anschickt, den „Great Reset / die Große Transformation“ zu verwirklichen.

Der Grünen-Wahnsinn
Das Problem ist, daß viele der Ideen, die von den Grünen kommen, noch nie ausprobiert wurden. Aber die jungen Wähler bringen diesen Ideen eine große positive Erwartungshaltung entgegen. Geradezu unkritisch übernehmen sie jeden auch falschen Impuls der Grünen und laufen in eine „Falle falschen Vertrauens“. Unkritisch fragen sie nicht einmal nach den Kosten oder gar nach den kulturellen und wirtschaftlichen Folgen der grünen Politik. Die Gefahr liegt auf der Hand, daß es nach ein paar Jahren dieses radikalen Kulturmarxismus eine weit verbreitete Ernüchterung geben wird.

Was zum Beispiel die Migration angeht, haben die Grünen nie einen Hehl daraus gemacht, daß sie Deutschland gerne bis zur Unkenntlichkeit verändert sehen würden. Daran arbeiten sie jetzt schon mit ganzer Kraft. Sollten sie bei der Bundestagswahl als Sieger hervorgehen, werden sie die letzten Schleusen zur Einwanderung öffnen – und es wird noch viel mehr Einwanderung geben als unter Merkel.

Während Merkels Regierung durch eine Reihe von Skandalen erschüttert wurde, in denen Spitzenpolitiker von Regierungsverträgen für Schutzausrüstung während der Covid-19-Pandemie profitierten, hat die CDU/CSU-Partnerschaft für viele ihren Glanz verloren. Die Union wird die Wahl zwar überstehen, aber sehr wahrscheinlich mit weit weniger Sitzen, während die Grünen ihr letztes Ergebnis recht deutlich verbessern dürften. Das wahrscheinlichste Ergebnis ist eine neue Koalition von CDU/CSU mit den Grünen, wobei die Grünen in vielen wichtigen Kabinettsposten sehr einflußreich wären. So ist es eben kein Zufall, daß ihr anderer Vorsitzender, Robert Habeck, unverblümt auf den Posten des Finanzministers im neuen Kabinett schielt.

Unabhängig davon, ob sie den größten Anteil der Stimmen bekommen oder knapp dahinter landen, werden die Grünen in den nächsten Jahren in jeder Hinsicht einen größeren Einfluß auf die deutsche Politik haben. Und: Sie werden im Großen und Ganzen Merkels Politik fortsetzen, aber in einem viel schnelleren Tempo. Das aber bedeutet steigende Ungleichheit und sinkenden Lebensstandard.

Die neue grün-rote Treibjagd: Klima der Verunsicherung – der Weg zur Neuen Gesellschaft

Wie weit sind wir schon auf dem Weg weg von unserer Kultur gelangt? Wohin man schaut – Dekadenz, Verlust unserer Werte, Verlust der Souveränität unserer Nation, Verlust eines deutschen Selbstwertgefühls, Unsicherheit usw. Aber halt! Darf man das heute überhaupt noch schreiben? Darf man also z. B. schreiben,

- daß unsere Kultur – nicht nur in den Schulen – verraten wird,
- daß unsere Bildungspolitik zur Verblödung einer Generation führt,
- daß Sex anstelle „Liebe“ zum Schlüsselwort des Miteinander geworden ist,
- daß ausgegrenzt wird, wer dem Gendermainstream nicht huldigt,
- daß „fremdenfeindlich“ ist, wer sich Sorgen um den Bestand unseres deutschen Vaterlandes macht,
- daß Gutmenschen ihre neuen Normen zur Richtschnur des öffentlichen Handelns erheben,
- daß Medien – nur noch mit wenigen Ausnahmen – weniger Fakten melden und stattdessen Meinungen zu Meldungen machen,
- daß alle wissen, was hier vor sich geht, aber niemand drüber reden darf? usw., usw.

Meinungsfreiheit eingeschränkt

Nein, man darf das alles unter dem Diktat einer „Political Correctness“ nicht (mehr) sagen. Und wer dagegen verstößt, muß mit Strafverfolgung rechnen – gerade wieder mal von der EU-Kommission bekräftigt. Linke, Grüne, DGB-Gewerkschafter, Kirchenvertreter und eine breite Riege von „Opinion Leaders“ (Meinungsführer und Meinungsmacher) aus Politik und Medien bilden ein Meinungskartell, das sie als neues deutsches Bewußtsein ausgeben und mit dem sie unser Volk zu einer „offenen Gesellschaft“ erziehen, also in Klartext „ent-deutschen“ wollen. Dabei entsteht aber keine „offene Gesellschaft“, sondern eine neue, eine geschlossene, die niemanden aufnimmt, der der Political Correctness nicht begeistert zujubelt. (Mal sehen, wie weit sie damit z. B. mit den Moslems kommen.)

Spätrömische Dekadenz

Wir – Deutschland und die meisten Länder Westeuropas – stehen am Abgrund, kurz vor dem Niedergang. Da kommt einem schnell der Be-

griff „spätrömische Dekadenz“ in den Sinn; denn auch Rom ist weniger durch fremde Mächte als vielmehr durch inneren Zerfall zerstört worden. Das trifft auch wieder auf unsere Überfluß- und Überdruß-Gesellschaften zu.

Hinzu kommt gerade bei den Linksgrünen ein abgrundtiefer Haß auf den Westen, auf die „alten weißen Männer“, die weiße Rasse – also Haß auf alles Deutsche, aber „Offenheit“ zum Islam und dessen Eroberungs- und Unterwanderungsbestreben. Daß auch und viele (westliche) Frauen sich diesem Trend anschließen, beweist ihre Dummheit und Ignoranz; denn sie werden die ersten sein, die von radikalen Moslems – sobald sie Europa erobert haben werden – in die frauenunterdrückenden Regeln der Scharia gepreßt werden.

Und auch die libertären Grünlinken seien gewarnt: Viele von Ihnen werden leiden müssen oder mit dem Leben bezahlen – Opposition wird nicht geduldet. Doch scheint es heute so, als ob die Linksgrünen blind von ihrer Abneigung gegen die alte Ordnung geworden sind und die Realität nicht mehr erkennen können.

Der Zeitgeist siegt – oder: Wollen wir eine andere Gesellschaft?

Zwei große Herausforderungen sind es, die den Trend befördern: Der Islam und die Verunsicherung über das, was heute (bei uns) Christentum bedeutet. Oder anders ausgedrückt: Wenden wir uns ab von unserer Tradition, von unserer Kultur, von unserer Sprache und von den Werten des Abendlandes (Aufklärung z. B.)?

Wer dagegen aufbegehrt und auf intellektuelle (oder religiöse) Irrwege hinweist, bekommt die geballte Kraft der Zeitgeistmenschen zu spüren, der „politisch Korrekten“, die gerade dabei sind, ihren Einfluß zu vergrößern. Viele unter ihnen geben sich als Christen, sind aber subversive Figuren zur Durchsetzung verurteilungswerter Vorstellungen, für die Reizworte wie Frühsexualisierung, Bildungs- und Aktionsplan, Gender usw. stehen mögen. Selbst hohe kirchliche Würdenträger geben sich dabei als Herolde der neuen Welt und des Neuen Menschen aus.

Aggression und Verachtung
Uns andersdenkenden Konservativen schlägt mit zunehmender Intensität Aggression und Verachtung entgegen statt einer Bereitschaft zum offenen Diskurs. Eine solch völlig unangemessene Reaktion der „guten Menschen“ läßt sich nur damit erklären, daß wir offenbar einen wunden Punkt, wenn nicht den Kern unserer Misere, getroffen haben: Nirgendwo wird zur Zeit das Auseinanderklaffen von öffentlicher und veröffentlichter Meinung, von Wunsch und Wirklichkeit deutlicher.

Daß Medienmenschen und Politiker aller Couleur angesichts der nicht zu leugnenden Mißstände in unserer Gesellschaft „Haltet den Dieb!“ schreien, ist ein weiteres Indiz für die Ge- und Be-troffenheit der „Eliten“ (bzw. derer, die sich dafür halten). Wer anderer Meinung ist als der politisch korrekten, wird im günstigeren Falle als „Rechtspopulist“ bezeichnet, häufiger jedoch gar als Faschist.

Schuld an nicht mehr zu übersehenden Mißständen z. B. in der Bildung oder an den Übergriffen derer, die sich nicht in unsere Gesellschaft integrieren wollen, sind nicht sie, sondern die „Rechten“, weil sie für „überholte“ Werte eintreten. Nicht die Neuankömmlinge sind integrationsunwillig, sondern die „schon länger hier Lebenden“ wollen sich nicht der Kultur der neuen Mitbürger anpassen.

Grüne Heilslehre statt politisches Programm
Machen wir uns nichts vor! Wir sind auf dem Weg Richtung Ökodiktatur schon weit gekommen. Besonders in der Klimadebatte erheben die Grünen wie in vielen anderen Politikbereichen einen exklusiven Wahrheitsanspruch. Das schließt selbstverständlich Widerspruch aus. **Folglich ist jeder ein Klimaschädling, der die Grüne Heilslehre ablehnt.** Er wird nicht nur bekämpft, sondern im Zweifelsfalle vernichtet! Es geht schließlich nach Überzeugung der Grünen um die Rettung der Menschheit, und da ist nur treue Gefolgschaft erlaubt, Zweifel werden nicht geduldet.

Wer mit dieser linksradikalen Partei zusammenarbeitet, gefährdet unsere Demokratie, unsere Freiheit und unseren Rechtsstaat. Die Grünen ebnen den Weg in einen totalitären Staat und eine unfreie Gesellschaft. Sie halten sich für „gut“ im absoluten, ethischen Sinne, also für politisch korrekt. Und das bedeutet in innerer Konsequenz: Wer sich ihrer Herrschaft nicht unterwirft, der muß in deren

Logik politisch unkorrekt, also „böse“ sein. Und da die Gesellschaft gefälligst „gut“ zu sein hat, werden den Abweichlern die Daumenschrauben angedreht.

Es ist den Grün-Linken geradezu eine Pflicht, Aus- und Abweichler mit Nachdruck zu unterwerfen, auf daß sie „gut“ werden. Dementsprechend sind die neuen Maas-Kahaneschen*) Zensur- und Kontrollgesetze lediglich ein Mittel, Abweichler auf den „korrekten“ Weg zu bringen. Jene sind böse, die Zensoren aber verrichten ein staatsmoralisch gutes Werk.

*) benannt nach dem damaligen Justizminister Heiko Maas und der ehem. Stasi-Schnüfflerin A Kahane; beide sind verantwortlich für die neue Zensurbehörde, die allen politisch Unkorrekten Maulkörbe verpaßt.)

Grün-radikale Bürgerrechtsbeschneidung – Ein anderes „Regime“ muß her!

Ein typisches Zeichen dieses „Herrschaftsdenkens“ gab im Juni 2021 der Baden-Württembergische Ministerpräsident und Alt-Grüne Winfried Kretschmann mit seiner Forderung, der Staat solle mehr Rechte erhalten, in die Bürgerrechte einzugreifen. Ich zitiere aus einem entsprechenden Artikel meines hochgeschätzten Kollegen Dr. David Berger:

*„Der Grünenpolitiker Kretschmann wünscht sich für die Zukunft ein anderes **„Regime“**, um **„harte Eingriffe in die Bürgerrechte“** zu ermöglichen. (…) Ein Fall für einen funktionierenden Verfassungs- statt Regierungsschutz!*

In einem Interview mit der „Stuttgarter Zeitung“ und „Stuttgarter Nachrichten“ hat sich Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann eindeutig positioniert: Er will die ganz gezielt vom System Merkel geschürte Angst vor Pandemien nutzen, um harte Eingriffe in die Bürgerrechte möglich zu machen. Auf paradoxe Weise sieht er hierin eine Chance um monatelange Grundrechtseinschränkungen zu vermeiden:

„Meine These lautet: Wenn wir frühzeitige Maßnahmen gegen die Pandemie ergreifen können, die sehr hart und womöglich zu diesem Zeitpunkt nicht verhältnismäßig gegenüber den Bürgern sind, dann könnten wir eine Pandemie schnell in die Knie zwingen.“

Verfassung ändern, um Bürgern all ihre Grundrechte zu entziehen
Durch solche eine radikale Einschränkung könne man dann auf die monatelangen und immer wieder aufgehobenen Grundrechtseinschränkungen verzichten. Dazu ist er sogar bereit, unser bisheriges „Regime“ (sic!) noch weiter rechtsstaatlicher und demokratischer Aspekte zu entkleiden:

„Wir sollten also einmal grundsätzlich erwägen, ob wir nicht das Regime ändern müssen, so daß harte Eingriffe in die Bürgerfreiheiten möglich werden, um die Pandemie schnell in den Griff zu bekommen.“

Die von den Vätern unseres Grundgesetzes aus bitterer Erfahrung grundgelegte Idee der Grundrechte als Abwehrrechte gegen die Übergriffigkeit des Staates ist bei Kretschmann offensichtlich komplett verlorengegangen. Oder er weiß um sie und will sie ad acta legen. Die offene Gesellschaft scheint in seinem Denken durch ein totalitäres, linksfaschistisches Staatsmodell abgelöst.

Notfalls die Verfassung ändern
Kretschmann geht – vermutlich nicht ganz zu Unrecht – davon aus, daß die Bürger und seine Politikergenossen gerne bereit sind, solche harten Maßnahmen in Kauf zu nehmen bzw. ihrem ohnehin ungeliebten Volk aufzuladen:

„Denn jeder muß sich die Frage stellen, was auf Dauer mehr Einschränkungen und Schäden verursacht: ein kurzer harter Einschnitt, der schnell wieder vorbei ist, oder ein immer wiederkehrender Lockdown.“

In perfider Weise werden also hier die Bürger vor die Wahl gestellt: entweder alle Grundrechte aufzugeben oder einen immer wiederkehrenden Lockdown bis zu ihrem Lebensende zu erdulden.

Für seine totalitären Ideen müsse man zur Not auch das Grundgesetz ändern, so der Politiker mit einer verfassungsfeindlichen Chuzpe, die bislang ihresgleichen sucht. Mit Kretschmann und den vielen anderen Grünenpolitikern, die ähnlich denken, ist aus der einstmaligen Bürgerrechtspartei eine fast totalitäre Gruppe geworden, die in einer Gesundheitsdiktatur ihren eigentlichen Lebens- bzw. Herrschaftsraum zu finden gedenkt.

Jeder muß wissen: Wer bei der nächsten Wahl „grün“ wählt oder eine Partei, die bereit ist, mit Bündnis90/Grüne eine Koalition einzugehen, der wählt den Abschied von Rechtsstaat, Demokratie und offener Gesellschaft.“

(Quelle: https://philosophia-perennis.com/2021/06/26/gruener-kretschmann-regime-aendern-um-harte-eingriffe-in-die-buergerfreiheiten-zu-ermoeglichen/)

Ideologie schlägt Naturwissenschaft, Political Correctness ersetzt Vernunft.

Dementsprechend gibt es Schwarze Listen für „Schuldige“, darunter Klimaleugner, Dieselfahrer, Fleischesser usw. Das alles hebelt Naturgesetze aus.

Die Indoktrinierung wirkt generationenübergreifend – vom Kleinkind bis ins hohe Alter. Schon Kindern, vor allem Schülern, wie auch den Alten wird eingetrichtert, sie seien nichts als ignorante Klimasünder, als Konsumenten schuldig am Aussterben allerlei Getiers und Pflanzen, und verantwortlich für die Abfälle der ganzen Welt, die nicht entsorgt werden.

Nachdem diese Grünen den kleinen und großen Bürgern gehörig ein schlechtes Gewissen in die Seele gebrannt und zu reuebereiten Sünder erzogen haben, erfahren sie sogleich das Rezept zum Abbau ihrer Schuld: Ein politisch-moralischer Paradigmenwechsel ist nötig, der da heißt:

Grün wählen, grün leben, grün denken. „Grün“ allein bietet Rettung aus den Niederungen des menschlichen Unrats. Grün ist die neue Religion, die Natur ihr neuer Gott, Hallelujah – ein Perpetuum mobile des Machterhalts! Und wenn bei der neuen Glaubensverkündung Fakten reihenweise unter den Tisch fallen – was soll´s? Der wirklich Gläubige glaubt´s. Deshalb darf, ja muß gefragt werden: Wissen die Bürger eigentlich, was sie mit „Grün“ wählen?

„Wer mit Zwanzig die Grünen wählt, der ist gefährlich naiv. Wer mit Vierzig die Grünen wählt, auch.“ (Blogger Dushan Wegner)

Kapitulation der bürgerlichen Gesellschaft

Und was macht die zitierte Gesellschaft? Sie schaut weg, sie duckt sich – wohl in der Erwartung, der Sturm würde sich wohl ´mal legen. Wird er nicht! Er wird zunehmen. Mit welcher Intensität, darf heute schon in Frankfurt, Berlin, Hamburg, Freiburg, Würzburg und anderswo besichtigt werden. So die Behörden nicht gemeinsame Sache mit den PC-Brüdern machen, zeigen sie sich überfordert und schauen weg – bei vielen Verantwortlichen verniedlichend als „Deeskalation“ bezeichnet. Das falsche Wort! Das richtige Wort hieße nämlich „Kapitulation“! Die Gesellschaft gibt sich auf, nein, hat schon aufgegeben. „Rote Flora“, „Hafenstraße“, „1. Mai-Unruhen“, „Autos verbrennen“ – so lauten die Ergebnisse, quasi die Schlüsselbegriffe für die „neue Ordnung“.

Grüne und deren Heilslehrer flüchten sich gerne in das Prinzip Glauben statt Wissen, Utopie statt Realität, Gaga statt Ratio, Drogen statt Antioxidantien, Kleckern statt Klotzen, Gammeln statt Primärtugenden.

Dem Wesen des gemeinen Grünen entspricht, daß er die Realität anders wahrnimmt denn nüchterne, disziplinierte und fleißige „Normalbürger“.

Das kommt dem „gemeinen Menschen“, dem homo sapiens, entgegen, der zeitlebens nach Sinn und Orientierung in seinem Dasein und nach einem Heimathafen und Geborgenheit sucht. Und bei dieser Suche klammert er sich gerne an jede Glücksverheißung.

Prompte Folge: Als die Grünen ihren potentiellen Gläubigen z. B. die Legalisierung von Pädophilie, Inzest, „Ehe für Alle“ und die Legalisierung von Cannabis in Aussicht stellten, konvertierten immer mehr in glühender Verzückung zur parareligiösen Heilslehre der Grünen.

Das Rezept ist eingängig. Wer „grün“ ist, darf alles Mögliche behaupten, fordern, wollen und tun, wenn´s nur hübsch grünmoralisch verpackt ist. Bekanntlich ist den Grünen nichts lieber, als ihre Mitmenschen zu reglementieren und dadurch zu schikanieren. *„Wer Straßen baut, wird Verkehr ernten“,* tönten die Grünen noch vor Jahren – und auf diese Weise verhinderte die Partei der Verbotswütigen, daß dem zunehmenden Verkehr in Deutschland ein angemessenes Straßennetz zur Nut-

zung bereitgestellt wurde. Ergebnis: Täglich Hunderte von Kilometern Stau, Behinderungen durch Baustellen usw.

„Vorzeigefiguren“ solcher halbgebildeter „Klugschwätzer“ sind z. B. die völlig überschätzte Katrin Göring-Eckardt und vor allem die grüne Knalltüte Claudia Benedikta Roth, die keinen einzigen beruflichen Erfolg aufzuweisen hat, aber als Paradiesvogel der Grünsozialisten von geneigten Medien wie Popstar Madonna gefeiert und in Staatsdiensten üppig alimentiert wird.

Betont bürgerliches Auftreten
Was aber augenfällig ist: Die Grünen haben nach der Auswechslung ihres alten Führungspersonals (Rotfront-Kader) in den letzten Monaten ihr Auftreten ganz erheblich geändert und geben sich betont „bürgerlich“ – was immer das heißen mag.

Robert Habeck hat den Grünen eine ähnliche Struktur verordnet, wie sie Merkel der CDU aufgepfropft hat. Er ist der Heilsbringer, und alle folgen ohne Widerspruch. Nach außen die wählbare, seriöse, dem Wohle der Menschheit dienende Volkspartei abgeben, um an die Macht zu kommen und dann erst die sich nicht veränderte Ideologie durchzusetzen.

Vorbei die Zeiten polternder Grün-Kämpfer des Schlages Trittin, Ströbele oder Künast und vieler anderer. Lediglich Claudia Roth darf heute noch als Fossil der „alten Zeiten“ herhalten und genießt Freiraum für unsägliche verbale Absonderungen, gehört aber inzwischen nicht mehr zum neuen, engeren Führungskreis der Grünen.

Nein, die „neuen“ Grünen haben gelernt: Wollen sie ernstgenommen werden, dürfen sie nicht als Bürgerschreck daherkommen. Ihre Sprache sei gemäßigt, ihr Auftreten ebenso. So erreichen die derzeitigen Grünen ein modernes, aufgeschlossenes Image, das es ihnen leichter macht, ihr eigentlichen Ziele zu verbergen, sie aber sozusagen subkutan weiterzuverfolgen.

Grüne Führungsfiguren wohnen gerne in feinen Stadtteilen, geben sich weltgewandt und halten Abstand zum „einfachen Mann“ auf der Straße. Ihre Kinder besuchen gerne Privatschulen, zu denen die „Kids“ mit aufgemotzten SUVs vorgefahren werden.

NGOs als Vortruppe der grünen Gesellschaftsveränderer

Um die radikalen Ziele der Grünen durchzusetzen, muß natürlich der Boden, auf dem die Weltrettungskräfte gedeihen sollen, entsprechend bereitet werden. Dazu bedienen sich die Grünen – das haben sie den Links- und Rechts-Faschisten abgeguckt – einer Unzahl von Vorfeldorganisationen, Hilfstruppen und Zuträgern, die mit ihren radikalen Forderungen, Botschaften und ihrem Aktionismus den politischen Acker beharken und im Verbund mit den Mainstreammedien die öffentliche Meinung und Stimmung in die richtige Richtung für den ökosozialistischen Umbau der Gesellschaft lenken. Da es um die Rettung der Menschheit vor einem Klimanotstand geht, ist diesen „Helfern" jedes Mittel recht, um Panik zu erzeugen.

Zu den erfolgreichsten Nichtregierungsorganisationen gehören Agitprop-Gruppen wie „Fridays for Future", „Extinction Rebellion", „GLOBAL 2000", „Greenpeace" und natürlich eine Unzahl von sogenannten „Asyl-Hilfs-Organisationen", die mit „extrem" nur schonend bezeichnet werden können.

Sie alle haben die Aufgabe, die Öko-Heilslehre des grünen „Götzen Natur" nicht nur zu verkünden, sondern auch zu verbreiten. Mediale Begleitung und Unterstützung „aus allen Rohren" ist ihnen gewiß. Der Zeitgeist herrscht, die Vernunft bleibt auf der Strecke. Das im Juni dieses Jahres verabschiedete politische Programm der Grünen verbirgt kaum die grün-sozialistische Leitlinie der Partei:

Das neue Grünen-Programm: Mehr Klimaschutz, schnellerer Kohleausstieg, mehr Investitionen, höhere Schulden
Das neue Grünen-Programm, das Baerbock und Habeck im Juni dieses Jahres vorgelegt haben, trägt den Titel ***„Deutschland. Alles ist drin".***
(Siehe auch Kapitel „Das Bundestagswahlprogramm der Grünen")

Klimaschutz-Offensive
Der geneigte Leser wird dort zuerst einmal eingelullt von einer wuchtigen Klimaschutz-Offensive, einem jährlichen Infrastrukturprogramm von 50 Milliarden Euro und einem „gesicherten" Rentenniveau von 48 Prozent. Da finden sich dann programmatische Aussagen, die bisher bei dieser Partei kein Thema waren – z. B. Vermögensteuer und zwölf

Euro Mindestlohn. Diese Themen finden aber gewiß bei SPD und Linken starken Beifall.

Das Erschreckende am Programm der Grünen ist die sanfte Sprache, mit der ihre Deutschland vernichtenden Pläne daherkommen. Deshalb in Klartext:

Die Grünen wollen den Wandel in Deutschland auf ganzer Front. Die soziale Marktwirtschaft soll zu einer sozialistisch-ökologischen Marktwirtschaft umgepolt werden – und Deutschland wird nach dem Programm ein „verfremdetes" Land, in dem nahezu jeder, der hier wohnt, Bürger wird.

Im Zentrum stehen der Kampf gegen den Klimawandel und das Einebnen vermeintlicher gesellschaftlicher Ungerechtigkeiten. Um ihre Vorhaben zu finanzieren, soll das Grundgesetz geändert werden. Den Grünen gehe es um einen **„sozial-ökologischen Umbau"** des Landes, wie Dlf-Hauptstadtkorrespondent Klaus Remme es treffend bezeichnete. Wichtigstes Thema ist die Klimapolitik. **Wer die geplante Verschärfung des Klimaziels nicht mitgehen will, ist für die Grünen nicht koalitionsfähig.** Das Ziel ist klar: Die Partei will die politische Führung im Land übernehmen.

Die Grünen-Bundesvorsitzende Annalena Baerbock sprach von einem „Angebot für die Breite der Gesellschaft". Und der Grünen-Bundesvorsitzende Robert Habeck ergänzte, CDU, CSU und SPD seien „erlahmt und müde" nach all den Jahren in der Großen Koalition. Das Erscheinungsbild der Republik sei „saturiert, müde, wandlungsunlustig, ja mittelmäßig". Das grüne Gegenmittel: „Eine Vitaminspritze für dieses Land."

Das alles kennen wir von den Grünen bereits. Doch niemand weiß, ob die Bürger die unzweifelhaft bestehende grüne Euphorie auch dann noch teilen, wenn sie die Auswirkungen der Grünen Radikal-Politik am eigenen Leib erfahren – „im Trend" liegt die Ökomanie aber allemal. Wer will denn nicht eine liebens- und lebenswerte Umwelt erhalten!

Die Grünen setzen einfach darauf, daß die Bürger im Herbst – wenn Corona hoffentlich überwunden sein wird – Reformen wollen und keine Rückkehr zur vermeintlich heilen Welt der Vorkrisenzeit. Zumal das,

was die Grünen in Aussicht stellen, zwar in der Wolle gefärbte Ökos erfreut, andere aber nachdenklich macht, zumal Abschied von liebgewonnenen Gewohnheiten (und Sachen) gefordert wird. Der Kampf gegen das Auto z. B. geht verstärkt weiter, wenn es denn nicht elektrisch betrieben wird.

„Deutschland. Alles ist drin."
Das Programm geht mit vielen Versprechen einher. *„Deutschland. Alles ist drin.",* lautet die Überschrift. Im Zentrum steht der Kampf gegen die Erderwärmung, die „Existenzfrage unserer Zeit". Es ist ein Plädoyer für „gesellschaftliche Solidarität" und „Europa" – eine Chiffre für gute Nachbarschaft.

Sie wollen die „Industriegesellschaft sicher ins Zeitalter der Klimaneutralität" führen, die „sozial-ökologische Marktwirtschaft" entwickeln, der „Globalisierung klare Regeln" setzen. „Ungleichheit" soll verringert beziehungsweise abgeschafft werden, und zwar fast überall: zwischen den Geschlechtern, zwischen Stadt und Land, zwischen Einwanderern und Staatsbürgern. …

Eine **„Mobilitätsgarantie" auf dem Land** wird ebenso angekündigt wie „autofreie Innenstädte". Die Luft soll sauberer werden, die Internetversorgung flächendeckend, die digitale Bildung endlich in jeder Schule Einzug halten. Der Schienenverkehr soll kräftig ausgeweitet, die Zahl der Fahrgäste im öffentlichen Nahverkehr bis 2030 verdoppelt werden.

Genderwahn schon für Kinder
Neben dem Klima ist „Gender" ein weiterer Schwerpunkt. Er erobert die gute alte deutsche Sprache und stellt die „alte" Geschlechterlehre auf den Kopf. Wie weit der Genderwahn bereits unser Land durchdrungen hat, zeigt sich exemplarisch (und symptomatisch) am WDR. Dieser öffentlich-rechtliche Rundfunk bringt im Kinderkanal 45 min lang für Kinder ab acht Jahren(!) das Thema Transgender. Der 13-jährige Philipp „empfindet sich als Mädchen" und hat vor Gericht seinen Namen in „Liv" ändern lassen. „Liv" trägt Röcke, schminkt sich und nimmt Hormone, damit die natürliche Pubertät seinen Körper nicht zum Mann reifen, sondern weiblich aussehen läßt.

Schlimmer noch: LSBT-Aktivisten (Schwule etc.) kommen in die Schulen und machen Propaganda für die Geschlechtsumwandlung, auch für

irreversible Operationen! Kinder werden in ihrer sensiblen Aufwuchs- und Entwicklungsphase dazu verführt, ihr natürliches Geschlecht zu ändern und sich z. T. nicht mehr zu reparierenden, folgenschweren medikamentösen Behandlungen zu unterziehen – wiederum unter den Augen der macht- und hilflosen Eltern.

Die Eltern können dagegen laut neuem Gesetz nichts tun! Die Grünen sind dabei, Gender zu einer wahren Staatsdoktrin zu erheben. Kritik daran wird von ihnen nicht geduldet. Das gilt ebenso für das Thema Abtreibung – also Tötung ungeborener Kinder -, das nach wie vor bei den Grünen zu einer „Schlüsselerrungenschaft" zu gehören scheint, Stichwort: Abtreibung ist Menschenrecht.

Es gibt kaum einen gesellschaftlichen Bereich, der in der grünen Republik nicht mitbeglückt werden soll. „Wir schaffen Sicherheit im Übergang", heißt es.

Aber: Weite Teile des grünen Wahlprogramms stehen unter einem massiven Finanzierungsvorbehalt. In Koalitionsverhandlungen etwa mit der Union allein wäre das Problem nicht zu lösen. Einer Aussetzung der Schuldenbremse müßten dann auch Oppositionsfraktionen im neuen Bundestag zustimmen – und der Bundesrat.

Schwacher Hinweis auf die „Machbarkeit"
Dies, verehrte Leser, ist nur ein kleiner Einblick in die neue, „bunte" Welt, die uns die Grünen versprechen. Und diese Wahnsinnsgebeutelten werden nicht ruhen, bis sie sich durchgesetzt haben. Der Widerstand in der Bevölkerung ist (noch?) viel zu schwach.

Es gibt nur eine Einschränkung: Am Ende Ihres Programmes formulieren die Grünen einen dürren Hinweis auf die Machbarkeit:

„Wir können nicht versprechen, daß niemand durch den Klimaschutz belastet wird", heißt es, und *„wir können nicht versprechen, daß nach Corona jedes unserer Projekte noch finanzierbar ist."* Aber jetzt *„kennen Sie unsere Vorschläge und Ziele"*. Die Grünen wollen *„eine Koalition führen, die versucht, das Beste aus Gegensätzen zu machen"*.

Exemplarisch dafür steht die Haltung der Grünen zu den Benzinpreisen: Die Forderung der Grünen nach höheren Benzinpreisen zeigt,

daß es diesen Besserverdienenden zwar um den Klimaschutz gehen mag, die Sorgen und Nöte der „gemeinen“ Bevölkerung scheinen ihnen jedoch gleichgültig zu sein. Was zeigt: **Gutbetuchte machen Klimapolitik für Gutbetuchte.**

Sie sorgen sich um das Weltklima und nicht um die Spritkosten. Sie kassieren hohe Subventionen für ihre E-Zweitwagen und neuen Heizungen. Wer aber täglich rechnen muß, hat andere Sorgen als den weltweiten Klimaschutz, zu dem Deutschland nur einen Bruchteil beitragen kann.

Ganz typisch dafür ist die Aussage der Grünen-Kanzlerkandidatin: Ohne Not brachte Baerbock 16 Cent ins Spiel. Das ist ein gegriffener Betrag; denn woher weiß sie, wie genau sich ein höherer CO_2-Preis niederschlagen würde? Für ihre politischen Gegner ist es ein Leichtes, diesen Vorstoß aus den Angeln zu heben.

Zur Wahrheit gehört allerdings, daß die Klimapolitik eben ihren hohen Preis hat. Es ist sehr wahrscheinlich, daß eine Preisbildung, die sich eines Tages auch im Verkehrsbereich am Handel mit CO_2-Zertifikaten zu orientieren hat, bei 16 Cent höheren Spritpreisen nicht haltmachen wird. Mit der sozialen Abfederung der Klimapolitik hätten sich SPD und Union also längst intensiver beschäftigen müssen; denn die Grünen juckt das nicht. Solange Klimaschutz nichts kostet – eine Stimme für die Grünen ist zunächst gratis –, findet er eine überwältigende Zustimmung. Sobald die tatsächlichen oder auch nur vermeintlichen finanziellen Folgen ins Blickfeld rücken, sieht das Bild ganz anders aus.

Man kann die Haltung der Bürger schizophren oder heuchlerisch nennen, aber am Ergebnis ändert dies nichts. Sobald die Bekämpfung der Erderwärmung den Wohlstand mindert, stößt der Klimaschutz selbst in den Altersgruppen auf Zurückhaltung, die aufgrund ihrer Lebenserwartung am meisten davon profitieren. Die freitäglichen Demonstrationszüge sind ein Beispiel für die Kluft zwischen öffentlicher Wahrnehmung und Faktenlage, weil dort offenkundig ein nicht allzu repräsentativer Teil der Jugend protestiert.

Die Grünen kennen ihre Wähler und haben ihr Wahlprogramm entsprechend wolkig gehalten. Nur häppchenweise rückt Annalena Baerbock mit Details heraus. Sie will „Klimaschutz-Verträge“ mit Unternehmen

schließen, um ihnen eine CO_2-neutrale Herstellung schmackhaft zu machen. Finanzlücken soll gefälligst der Staat schließen.

„Wir streichen umweltschädliche Subventionen."
Dieser Satz im Grünen-Wahlprogramm läßt eigentlich an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Eigentlich. Denn auf gezielte Nachfrage wird klar, daß die Grünen die Pendlerpauschale nicht abschaffen wollen. Sie wissen, warum. Die Mittelschicht ist die wichtigste Wählergruppe der Partei.

Solche Verrenkungen zeigen, daß nicht nur die Bürger heucheln, sondern auch die Parteien, indem sie viel von strengen Klimaschutzzielen und wenig von den finanziellen Konsequenzen und der damit verbundenen Umverteilung reden. Und als die größten Heuchler in der Klimapolitik erweisen sich letztlich die Grünen, da bei ihnen die politische Grundhaltung in der Klimapolitik und die Klarheit der Lösungsvorschläge besonders weit auseinanderklaffen.

Und so nimmt es nicht wunder, daß die Übergänge zwischen „Fridays for Future" und linksextremistischen Netzwerken wie „Ende Gelände" und „Extinction Rebellion" fließend sind. Ganz in deren Diktion twitterte etwa die Weimarer Ortsgruppe von „Fridays for Future" im letzten Jahr:

„Die Polizei diskriminiert, mordet, prügelt, hehlt. Stattdessen sollten wir Antifa und Migrantifa wertschätzen! Deutschland hat ein Polizeiproblem."

Da möchte ich aber doch anmerken: „Fridays for Future" hat wohl eher ein Verfassungsproblem.

Die Klimajugend kritisiert ohnehin die Klimapolitik der Grünen als halbherzig und zahnlos und stellt demnach radikale Forderungen. Der Verfassungsschutz warnte bereits 2019 vor einer sinkenden Hemmschwelle für die Gewaltanwendung in der **linksextremistisch-ökologischen Mischszene**. Die Grünen bekunden Mühe, sich hiervon zu distanzieren, weil sie „Fridays for Future" nicht vollends gegen sich aufbringen möchten.

Auch so wird das Dilemma der Grünen, in das sie sich mit ihrer Politik selbst gebracht haben, überdeutlich: Auf der einen Seite ist ihr

Jugendverband unübersehbar eine in Teilen radikale Bewegung, welche die Partei mit ihren Parolen vor sich hertreibt. Auf der anderen Seite ist da die Mehrheit der Gesellschaft, ohne die die Grünen nicht an die Macht kommen. In diesem Dilemma scheint ihnen nur Heuchelei ein geeignetes Mittel zur Tarnung – und die Hoffnung, daß dies alles nicht bis zum Wahltag auffliegt.

„Annalena und Robert“ – das grünsozialistische Führungsduo

Und nun ein Blick zu den beiden Führungsfiguren der Grünen, Annalena Baerbock und Robert Habeck. Die Politik brauche Mut, vieles anders zu machen, sagte Baerbock im Rahmen der Bekanntgabe ihrer Kanzlerkandidatur. Sie stehe für eine Veränderung hin zu einem gerechteren Land, in dem Kitas und Schulen die schönsten Orte seien, in dem Pflege Zeit für die Menschen habe, und in dem der Staat auch digital funktioniere.

Vom Stellenwert der Familie sagte sie nichts, stattdessen umso mehr von Klimaschutz, der in allen Bereichen beachtet werden müsse, um ein zukünftiges Fundament für Wohlstand und Sicherheit zu schaffen. Daß die Familie die Keimzelle einer funktionierenden Gesellschaft ist, wird von den Grünen verschwiegen. Warum? Weil das Bekenntnis zum hohen Stellenwert der Familie nicht ins staatlich reglementierte Leben paßt!

Annalena Baerbock und Robert Habeck – „Der Intellektuelle“ und „die Handfeste“ – in diesem Tenor hatten Medien im Vorfeld gerne die Unterschiede zwischen den beiden Parteivorsitzenden dargestellt. „Es sind zwei völlig unterschiedliche Typen, die sich vor allem in den letzten drei Jahren erfolgreich ergänzt haben“. (Dlf-Hauptstadtkorrespondent Klaus Remme).

Annalena Baerbock – die gescheiterte grüne Moralinstanz

„Die Grünen sind in Wahrheit gegen alles, was den Deutschen lieb ist. Sie sprechen über Moral und Klima, im Grunde aber wollen sie anderen ihren Lebensstil verordnen. Jetzt soll auch noch das Fliegen zum Luxus für wenige Reiche werden. So spaltet man das Land in diejenigen, die sich trotzdem alles leisten können, und den Rest.“ (Zitat aus „Tichys Einblick“)

Schmackhaft verpackte Indoktrinierung
Auf den ersten Blick sieht alles noch schön grün aus. Aber wo Menschen sind, da menschelt es – wie man an der Geschichte der Grünen-Frontfrau Baerbock studieren kann. Die Grünen heute treten auf wie eine fleischgewordene Moralinstanz. Das haben sie regelrecht zu einem Geschäftsmodell verfeinert: Zuerst Probleme erfinden und sich dann als Lösung anbieten. Das ist ihr Geschäftsmodell – simpel, aber durchschlagend, unter kräftigem Rückenwind der grünroten Medien. So durchschlagend, daß die Grünen lange Zeit über mangelnden Zuspruch und zunehmende Mitgliederzahlen nicht klagen konnten. Die Parolen, wie die von den Habecks und Baerbocks ausgegebenen, klingen denn auch so eingängig und zuckersüß, daß sie Mitläufer wie ein Magnet anziehen, die den ganzen Unsinn kritiklos als Heilslehre glauben, deren neuer „Gott“ die Umwelt ist.

So sind die Grünen, bei Licht betrachtet, keine Partei im eigentlichen Sinne, sondern eine Pseudoöko-Sekte, die in der Politik unterwegs ist, um ihren Glauben durchzusetzen. Von diesem neuen „Gott“ namens *Umwelt* – und nur von ihm – erwarten sie Heil und Segen.

Da zeigt sich der fundamentalistische Charakter der Grünen in seiner reinsten Form: Für diese grünen Fundamentalisten ist die Natur das Höchste, sie wird zur Übernatur. Und mit der Anbetung dieser Übernatur wird das von den Grünen messianisch geforderte neue Umweltbewußtsein gleichsam zu einer neuen Religiosität.

Verbieten, verteuern, versteuern
Das ist sozusagen der theologische Aspekt der grünen Triebfeder, begleitet von einer schieren Lust an Verboten und dem Vergällen von Freu-

den. Erlaubt ist nur, was den Grünen gefällt. Dabei geht es den Grünen in Wirklichkeit nicht nur um Umweltschutz, sondern um eine tiefrote, neo-sozialistische Politik, die nach der Methode vorgeht: verbieten, verteuern, versteuern – in einem Land, das nur noch mit Bauchgrimmen „Deutschland“ genannt werden darf, weil „national“ nichts mehr sein darf, zumal „deutsch“ für die Grünen das Synonym für „böse“ zu sein scheint.

Nichtsdestotrotz schicken die Grünen sich an, ab der Bundestagswahl im Herbst die Regierung zu übernehmen oder zumindest eine entscheidende Rolle zu spielen. Äußeres Zeichen dieses Willens war die Ausrufung einer „Bundeskanzlerkandidatin“. Diese Kandidatin verdient jedoch ein genaueres Hinschauen:

Annalena Baerbock – statt Stern eher Sternschnuppe

Das Leben hat für uns Menschen oftmals bittere Lehren parat – eine davon heißt: *„Gut gemeint ist meist das Gegenteil von gut gemacht.“* Wie wahr!

Diese saure Erfahrung haben gerade die Grünen hinter sich bringen müssen. Geplant war eine neue grüne Ikone, ein „Star“ (Stern) am Öko-Himmel; herausgekommen ist vor allem viel heiße Luft – eine glatte Bauchlandung: **Statt Stern eher Sternschnuppe, nicht Madonna, nicht Ikone, nicht tauglich. Gewogen und zu leicht befunden.**

Zuvor hatte die Obergrüne noch mit vollen Backen posaunt: *„Ein echter Wechsel liegt in der Luft…“.* Wie denn, was denn? Wenn die Basis nicht einmal mitmachen darf, ist die Luft sehr dünn. „Klimaschutz“ – das scheint das einzige Thema zu sein, das sie beschäftigt. Daß „die Menschen da draußen“ vielleicht andere, existenziell bedeutende und bedrohliche Probleme haben – wen interessiert das? Baerbock sagt zwar irgendwann: *„Ich weiß, wo den Menschen der Schuh drückt“.* Das sagt sie aber mit so geringer Überzeugungskraft, als ob der Schuh ein bequemer Pantoffel wäre. Genauer hingehört, wird daraus eher kaltschnäuzige Arroganz: Uns bedrückt der Klimaschutz, alles andere ist Nebensache – so würde die ehrlichere Botschaft lauten.

Man sah´s etlichen Gesichtern der Grünen auf ihrem letzten Parteitag an: Mehr Enttäuschung denn Begeisterung. Und der wahre Stern auf diesem Wahlprogramm-Parteitag war nicht die „Bundeskanzlerkandidatin“ Annalena Baerbock, sondern ihr Stellvertreter Robert Habeck.

Die so hoffnungsvoll gestartete Kür hatte die Kandidatin selbst verbockt – treffender gesagt: „verbaerbockt“: Mit (vermeintlich) sauberer Weste angetreten, häuften sich Pannen, Halbwahrheiten und Falschangaben – ob Lebenslauf oder Einkommen, kein Stein blieb auf dem anderen. Baerbock hatte (zu viele) Fehler gemacht. Statt trittsicher und perfektionistisch – wie Parteifreunde ihr gerne bescheinigen – wirkte sie plötzlich unprofessionell. Der nun fast siebzigmal korrigierte Lebenslauf der Kanzlerkandidatin ist aber keine Panne, ist auch nicht von einem inkompetenten Mitarbeiter verfaßt worden, sondern Ausdruck einer wohl tief drinnen sitzenden Unsicherheit, ja Unreife – Ausfluß einer narzistischen Störung, die mehr hermachen will, als man vorzuweisen (und nachzuweisen!) hat.

Eine „gestandene Frau“ und zudem nicht unerfahrene Politikerin sollte es nicht nötig haben, mit mehr oder weniger Kleinigkeiten den eigenen Lebenslauf zu schönen – in einem Maße, das vermuten läßt, daß bei der Dame noch viel mehr im Argen liegen könnte. Es ist nicht die *eine* Unregelmäßigkeit, die *eine* Falschangabe, die *eine* Lücke in ihrer Selbstdarstellung, die uns aufhorchen läßt, nein, es ist die unglaubliche Zahl der Unregelmäßigkeiten, die erschrecken läßt. Gekrönt wird dieses Märchengebilde von Momenten schierer Unkenntnis – etwa wenn sie die SPD mit Ludwig Erhard verwechselt und ausgerechnet der SPD – der einstigen Gegenpartei der Marktwirtschaft – die Vaterschaft an der Sozialen Marktwirtschaft zuerkennt. Das mag eine Freudsche Fehlleistung gewesen sein, ist aber äußerst blamabel. Und dieser „Irrtum“ zeigt, daß der grünen Kanzlerkandidatin die Soziale Marktwirtschaft ein fremdes Wesen ist. Denn sonst würde sie sich in der erfolgreichsten Markt- und Gesellschaftsordnung (!) aller Zeiten besser auskennen. In logischer Folge ist die Politik der Grünen weder sozial noch marktwirtschaftlich, sondern staatsgläubig und dirigistisch – und damit alles andere als liberal.

***„Auf dem Bauernhof aufgewachsen“* – ein typisch verbaerbocktes Lebenslaufdetail**

Es hieß ja, Annalena Baerbock sei auf einem Bauernhof aufgewachsen. Aber da, wo sie angeblich aufgewachsen sein soll, sieht es auf Google Earth weder vom Gebäude noch von der Lage her nach Bauernhof aus. Dann hieß es, es handele sich wohl um ein ehemaliges, jetzt renoviertes Bauernhaus, wo draußen noch ein paar Hühner rumliefen. Und jemand, der anonym bleiben will, ergänzte, er kenne das Anwesen von früher. Es sei aber überhaupt noch nie ein Bauernhaus gewesen sei. Es stehe lediglich ein kleines Gebäude auf dem Grundstück, das ein Hühner- oder Taubenhaus gewesen sei, jemand habe da auch mal Bienen gehalten. Eine merkwürdige Geschichte, die, falls sie nicht stimmen sollte, Baerbock leicht (z. B. mit ein paar Photos) aufklären könnte. Da kommt aber nichts von ihr.

Und nun der „Hammer“: Die SPD als Vater der Sozialen Marktwirtschaft

Um für eine kühne Klimapolitik zu werben, bemühte sich Annalena Baerbock am 7. Mai dieses Jahres in einer Bundestagsrede und nahm die Geschichte der Republik zur Hilfe. Unser Wohlstand, sagte sie, beruhe darauf, daß die Gesellschaft in Zeiten des Umbruchs durch gemeinsames politisches Handeln einen großen Schritt vorangekommen sei:

„1945 nach dem Krieg: gemeinsam gehandelt. In den 60-er Jahren die Sozialdemokraten: soziale Marktwirtschaft auf den Weg gebracht.“ (Zitat Baerbock)

Das ist im Kern eine unverzeihliche Aussage. Die Einführung der Sozialen Marktwirtschaft nach dem 2. Weltkrieg war dem damaligen Wirtschaftsminister und „Vater des Wirtschaftswunders“, Ludwig Erhard und der CDU/CSU, zu verdanken – gegen den erbitterten Widerstand der Sozialdemokraten. Wer – wie Baerbock – das leugnet oder gar nicht weiß, zeigt ein gebrochenes Verhältnis zur Marktwirtschaft. Denn jeder, der sich für die Marktwirtschaft interessiert, kennt den verantwortlichen Politiker und die (damaligen) Widerstände aus der SPD. Dies nicht zu wissen, offenbart ein gestörtes Verhältnis zu unserer Wirtschaftsordnung.

Und auch das gehört zu den „Lücken“ der A. Baerbock: **40.000 Euro** Fördergeld und ein abgebrochener Promotionsversuch.

Vor ihrem Einzug in den Bundestag erhielt die Grünen-Kanzlerkandidatin jahrelang „Fördergeld für Begabte“. Für den Versuch, eine Doktorarbeit zu schreiben – ein Forschungsprojekt zum Thema *„Naturkatastrophen und humanitäre Hilfe im Völkerrecht“* –, erhielt Baerbock als Promotionsstipendiatin der „Heinrich-Böll-Stiftung“ in der Zeit von April 2009 bis Dezember 2012 über 40.000 Euro von der Grünen Parteistiftung – Geld, das aus Bundeszuschüssen, also Steuergeldern, stammt. In dieser Zeit habe sie für 39 Monate Leistungen bezogen. Das „Lebenshaltungsstipendium für Promovierende“ habe damals monatlich 1.050 Euro betragen.

Sie braucht das Geld nicht zurückzuzahlen, da eine vollständige oder zumindest anteilige Rückzahlung weder üblich noch vorgesehen ist. „Lebensentwürfe können und dürfen sich auch kurzfristig bei jungen Menschen ändern, etwa aufgrund von Familiengründungen oder beruflicher Neuorientierungen.“ So komme es „immer wieder einmal vor“, daß Stipendiaten ihre Promotion vorzeitig abbrächen, erklärte Stiftungssprecher Alvarez Kalverkamp.

(Quelle: https://www.tagesspiegel.de/politik/lebenshaltungsstipendium-boell-stiftung-finanzierte-baerbocks-promotionsversuch-mit-mehr-als-40-000-euro/27395722.html)

Der Versuch ist längst gescheitert, aber Fragen bleiben, z. B.:
- Warum brach sie ihr Vorhaben ab?
- Was war dabei eigentlich ihre Leistung?

Wir warten auf Antwort.

Anmerkung: Nun ja, letztlich paßt das zur Partei Die Grünen und reiht sich ein in eine Fülle von Falschangaben, „Irrtümern“ und Unvollkommenheiten. Man hätte von den Grünen Autoren mehr Sorgfalt erwarten dürfen. Aber ein Grund für die „grüne Schludrigkeit“ liegt gewiß auch an der fehlenden Ausbildung vieler Grüner, die allerdings in eklatantem Widerspruch zu ihrem „wissenschaftlichen“ Auftreten steht. Dazu ist hier ein Vergleich mit anderen Parteien angebracht:

Während die AfD sich durch eine hohe Zahl an Promovierten und Professoren in ihren Reihen auszeichnet, findet man bei den Grünen Studienabbrecher und beruflich Gescheiterte in einem Maße, wie sie in keiner anderen Partei zu finden sind.

Den größten Abbrecher-Anteil haben laut „FAS“ die Grünen im Bundestag (8,8 Prozent), die FDP folgt mit sieben Abbrechern (7,5 Prozent), SPD mit zehn (6,8 Prozent), die Linke mit vier (5,3 Prozent) und CDU/CSU-Fraktion mit acht Abbrechern (3,6 Prozent).

Die Erklärung: Es sind zumeist eloquent auftretende Sprücheklopfer, die allenfalls Halbwissen aufzeigen, aber schon bei geringen wissenschaftlichen Anforderungen Unfug brabbeln. Es sind vor allem Bedenkenträger, die mit stets erhobenem moralischem Zeigefinger ihren Mangel an Wissen durch Meinungs- und Stimmungsmache kompensieren möchten.

Peinlich, weil sehr ins Persönliche gehend, ist auch die abgekupferte Geschichte – eine Gegenüberstellung der Version Baerbock mit dem Original bewies es – aus einem vermeintlich persönlichen Reisebericht Baerbocks aus dem Irak über jesidische Kinder, die aus einem ein Jahr alten Text der „Deutschen Welle“ stammt, der das Leid und das Leiden der Jesiden zeigen sollte. Da hatte Baerbock dick auf die Tränendrüsen gedrückt, Empathie zeigen wollen – aber letztlich die Leser verschaukelt und wieder ´mal abgeschrieben. Gerade dies ist ein abschreckendes Beispiel; denn da spielte die Kandidatin mit den Gefühlen der Leser.

Solche „Ausrutscher“ darf sich eine „Bundeskanzlerin in spe“ nicht erlauben, genauso wenig wie „getürkte“ Angaben im Lebenslauf. Wer das politische Geschäft kennt, weiß, daß dies unweigerlich in einer tiefen Vertrauenskrise endet. Wer in der freien Wirtschaft seine Lebensdaten fälscht, riskiert den (oft fristlosen) Rausschmiß. In der Politik droht man durch solche Unwahrheiten des Teuerste zu verspielen: das politische Vertrauen. Und verlorenes Wählervertrauen zurückzugewinnen, ist ein fast aussichtsloses Unterfangen.

Die Kritik an Baerbock reißt nicht ab. Sogar in ihrem neuen Buch fänden sich Textübernahmen ohne Quellenangaben, behaupten einige sogenannte Plagiatsjäger. Ich weiß nicht, was jetzt mehr wiegt: das Unver-

ständnis für solch stümperhafte Leistungen oder die Häme, mit der jetzt die wohl erledigte Kanzlerin in spe kämpfen muß.

Eigentlich müßten die Grünen und mit ihnen Baerbock dankbar sein für die viele Kritik; denn sie bietet Gelegenheit, Mißverständnisse aufzuklären und evtl. Fehler zu korrigieren. Doch die Partei reagiert beleidigt, die Kandidatin zürnt und Anwälte werden bemüht. Da ich weder Jurist bin, noch die Einzelheiten in Baerbocks Lebenslauf ausreichend beurteilen kann, bleibt mir nur eine Feststellung:

Warum wirkt die Kandidatin nervös und reagiert gereizt? Fehlt es der Baerbock an einem dickeren Fell, das sie im „politischen Geschäft“ dringend bräuchte? Sie sollte mal bei Franz Josef Strauß, Heiner Geißler, Herbert Wehner, Willy Brandt oder Helmut Kohl nachlesen, was diese echten Polit-Urgesteine in ihrem Leben an Häme, an Vorwürfen, Beleidigungen und übler Nachrede mitmachen mußten, ohne daß sie als „beleidigte Leberwurst“ einknickten.

Weiß unsere Annalena wirklich nicht, was ein *„Stahlbad“* ist, was man ertragen muß, wenn man an der Spitze einer Partei und erst recht einer Regierung stehen – und durchhalten! – will? Da zeigt sich erst die wahre Persönlichkeit, die nötige Ausdauer und Härte, die „das Geschäft“ verlangt! Wer diesen Persönlichkeitstest vergeigt, vergibt seine Chance und hat offensichtlich Probleme, die Belastungen einer Kanzlerschaft zu schultern!

Das, was die Baerbock derzeit erlebt, ist allenfalls ein Polit-Geplänkel. Eine wirklich harte Herausforderung ist das noch nicht. Schlimmer als Häme ist nur noch Mitleid. Häme muß man sich erarbeiten, Mitleid fordert Erbarmen. Erbarmen mit einer Kanzlerkandidatin? Geht´s noch schlimmer?

Wäre der „starke Mann an ihrer Seite“, Robert Habeck, ihr auf dem Parteitag nicht zu Hilfe geeilt, stände die gewollte Kanzlerin in spe ganz blamiert da. Das Volk verzeiht Fehler, aber nicht bewußte Täuschungen. Der Glamour der Kandidatin zerfiel zu blassem Staub – ohne Glanz und Gloria. Eine einzige Blamage!

Und damit – eine weit schlimmere Begleiterscheinung – zerfiel der grüne Traum von einer besseren, weil grünen, Welt. Grün ist zwar die Hoff-

nung, wie der Volksmund sagt, aber in den letzten Wochen war diese Hoffnung in Windeseile verflogen, die Umfragewerten sind im freien Fall (Stand Ende Juni 2021). Wer Kanzler(in) dieser Republik werden will, sollte zumindest auf festem Grund – und nicht auf zusammengezimmerten, fragwürdigen Lebenslauf-Fragmenten – stehen.

Schwacher „Rettungsanker“ Bundesparteitag

Der Bundesparteitag der Grünen (Mitte Juni 2021) sollte der Rettungsanker in dieser Misere werden. Er wurde es nur halb. Zwar sind Annalena Baerbock und Robert Habeck dort mit 98,5 Prozent als Spitzenduo bestätigt worden, Baerbock zugleich als Kanzlerkandidatin. Trotzdem war sie nervös und wenig souverän. Am 2. Tag des Parteitages war sie fast nicht aufzufinden, sie hielt sich zurück und überließ lieber Habeck das Mikrophon. Es wirkte, als ob sich die Kanzlerkandidatin verstecken wollte.

Tags davor, am ersten Parteitagstag, hielt sie eine lange Rede, die aber – entgegen den Erwartungen ihrer Freunde – kein Glanzstück und schon gar kein Höhepunkt war. Die Fehler der vergangenen Wochen räumte sie zwar mit den ersten Worten ab, aber sie klangen wie eine Pflichtübung.

Gefesselte Freiheit
Man merkte Annalena Baerbock in jeder Phase an, daß sie schwer an ihrer verpatzten Führungsrolle und den sie dann begleitenden Fehlern und (Ent-)Täuschungen zu knabbern hatte – womit allzu deutlich wurde, daß der Vertrauensvorschuß nach ihrer Kür Ende April durch eigene Fehler vorzeitig aufgebraucht war. Der fatale Eindruck bleibt: Annalena steht auf wackligen Füßen – und benötigt Robert Habeck als Stütze. Von einer zukünftigen Kanzlerin, die eines der wirtschaftlich bedeutendsten Länder dieser Welt führen soll, erwartet man mehr Sicherheit, mehr „Standing“.

Robert Habeck, der wahre Debattenführer
Dieses Vertrauen genoß jedoch sichtlich die zweite Führungsfigur hinter Baerbock: Robert Habeck. Er griff immer wieder in die Diskussionen ein, riß auch schon mal das Debattensteuer rum, ermahnte die Zuhörer, er bekniete sie, er flehte, er beschwor sie – kurz, er spielte meisterhaft auf dem Klavier eines fesselnden Debattenführers und wurde damit zur

Leitfigur des Parteitages. Er gab den Delegierten eine umfassende Perspektive von einer besseren, weil grünen, Welt – zumindest nährte er die Hoffnung darauf. Man konnte es fast greifen: Ihm nahmen die Parteifreunde den Ruf nach einem grundsätzlichen Politikwechsel gerne ab, weil er eine plausible Begründung dazu lieferte – vielleicht ein wenig philosophisch überlastet zwar (Kernpunkt: „Freiheit"), aber eingängig.

Habecks Selbstbekenntnis: Die „grüne Freiheit" ist nicht frei

Aber auch hier folgte die Wahrheit auf dem Fuße: Das Stichwort „Freiheit" war philosophisch gesehen gut gewählt und ließ Raum für viele Denkspiele. Doch genauer betrachtet, paßt es nicht zu den Grünen; denn sie reden zwar gerne von Freiheit, legen sie aber in Fesseln. Es klingt wie bei Rosa Luxemburg: „Du hast die Freiheit, alles zu sagen, was Du willst – solange es politisch korrekt ist." Wer diese politische Korrektheit mißachtet, hat die „Freiheit" verwirkt.

So hat Habeck letztlich das grüne „Freiheitsbekenntnis" selbst entlarvt: Die „grüne Freiheit" ist nicht frei, sie ist geknebelt, gefesselt, gebunden – und damit keine Freiheit. Was wieder einmal beweist, daß die Grünen Gefangene ihrer zutiefst freiheitsfeindlichen Ideologie sind.

Der grüne Landesvater von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, betonte indes in seiner Rede auf dem Parteitag, daß keine Partei so sehr für das ökologische Fundament der Freiheit stehe wie die Grünen. Und: „*Freiheit bedeutet natürlich schon etwas mehr, daß wir auch das tun können, was wir sollen*", sagte Kretschmann. Das läßt natürlich eine Menge Interpretationsspielraum zu.

Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Grünen ihre ganz eigenen Vorstellungen vom Ende der Verbieterpartei haben. Die Debatte um den Freiheitsbegriff scheint längst noch nicht am Ende.

Und mich erstaunt doch sehr, daß die anderen Parteien diesen Punkt nicht aufgreifen und zu einem zentralen Angriffspunkt gegen die Grünen machen: Die „Freiheitspartei Die Grünen", die die Freiheit knebelt!

Oder merkt die CDU nicht einmal mehr, in welch schiefes Fahrwasser sie mit den Grünen geraten könnte?

Die Parteispitze befiehlt, die Basis hat zu folgen

Die „Kür“ der grünen Kanzlerkandidatin hatte es zuvor bereits bewiesen: „Grüne Freiheit“ ist sehr relativ. In überkommener Altparteienmanier wurde das Spitzenduo Baerbock/Habeck nicht etwa durch einen innerparteilichen oder gar „basisdemokratischen“ Ausleseprozeß ausgewählt, sondern klammheimlich im Vorstandshinterstübchen ausgekungelt – Basisbeteiligung nicht erwünscht. Keine endlosen Debatten und Abstimmungsmarathons, wie von den Grünen jahrzehntelang praktiziert, sondern das krasse Gegenteil: Die Führung der grünen Partei wurde „par ordre du mufti“ festgelegt: Robert und Annalena machen das unter sich aus! Basta! Keine Diskussion!

So waren letztlich die 98,5 Prozent Zustimmung der Delegierten zum Spitzenduo Baerbock/Habeck keine Überraschung, zumal Gentleman Habeck stets darauf achtete, Baerbock nicht in den Schatten zu drängen. (Gar mancher wird aber wohl mit dem Gedanken gespielt haben…)

Erstes Fazit: Die Partei steht hinter ihrer Spitze
Die Partei folgte in kritischen Punkten dem Kurs ihrer Spitze. Und der lautet, seit Baerbock und Habeck 2018 Vorsitzende geworden sind: Bloß nicht zu laut und zu viel Radikalität, bloß nicht zu viel Ehrlichkeit, sonst kann man im Zweifel gar nichts ändern, weil einen niemand mehr wählt. „Veränderung“, sagte Habeck in seiner Rede am Freitag, „ist nur möglich mit der Mehrheit der Menschen in Deutschland.“ Wie wahr! Aber da müssen „Annalena und Robert“ noch kräftig an sich feilen.

Das Wahlprogramm der Grünen – ein Manifest des neuen, grünen Sozialismus

Unter dem Motto „Deutschland. Alles ist drin“ hatte der Bundesparteitag der Grünen das Programm zur Bundestagswahl am 26. September 2021 beschlossen. Der im März von der Parteispitze vorgelegte Entwurf wurde zwar in zahllosen Formulierungen verändert, aber nicht in den Kernaussagen. Umstritten war besonders beim Titel-Thema das Wort „Deutschland“. Viele Delegierte wollten es streichen. Da spottete die „Welt am Sonntag“ zu Recht, man könne dann gleich schreiben: ***„Grünes Wahlprogramm – alles ist drin. Außer Deutschland.“*** Und so blieb es beim Wortlaut des ursprünglichen Entwurfs.

Die Grünen gieren nach der Macht
Auf dem Parteitag wurde immer wieder deutlich, daß die Grünen endlich wieder an die Macht wollen. Allzu radikale Projekte stören da nur. Das mag dem linken Parteiflügel nicht gefallen, doch Habeck und Baerbock sprachen es offen aus: Sie schauen auf die Mitte, da wo Mehrheiten gewonnen werden können.

Nach der Kandidatenkür Ende April waren die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wahlkampf der Grünen eigentlich glänzend. Das ist vorbei, durch eigene Schuld verspielt. Ob die Partei und ihre Spitzenkandidatin jetzt wieder Tritt fassen werden, steht in den Sternen. Neue Fehler jedenfalls dürften jetzt aber nicht mehr dazukommen!

Und daß jeweils zwischen einem Drittel und einem Sechstel der Delegierten für die radikaleren Anträge stimmte, sollte der Parteiführung dennoch zu denken geben. Es ist ein Hinweis darauf, welche Debatten ihr bevorstehen, wenn sie tatsächlich eines Tages mitregieren sollte. Allerdings, der von manchen erwartete „Aufstand der Basis“ blieb aus. Die Reihen blieben fest geschlossen.

Das aber war nicht der Leistung der Kanzlerkandidatin Baerbock zu verdanken, sondern gilt *trotz* ihrer Schwächen. Echte Kanzler(innen) sind aus einem anderen Holz.

Oder anders ausgedrückt: Kanzler(in) ist kein Lehrberuf!!

Deutschland im Stechschritt ins Grüne!

Grüne Republik mit „Neuen Menschen“
Deutschlands Bürger müßten inzwischen längst die Nase voll haben von der allumfassenden „grünen“ Bevormundung. Aber der Hang zum Grünen scheint ein unaufhaltsamer Sog zu sein. Unser Land wird immer grüner. Bürgerlicher, demokratischer Widerstand ist gefordert, aber es tut sich nichts – zumal Kanzlerin Merkel sich an die Spitze der grünen Bewegung gesetzt hat. So bleibt der Widerstand schwach.

Diese Kanzlerin hat mit ihren Entscheidungen nicht nur das Grundgesetz für die Verwirklichung ihrer Absichten falsch interpretiert, es sind auch unter ihrer Regierung die christlich-ethischen und tradierten Grundwerte unserer deutschen Nation außer Kraft gesetzt worden. Ihre Handlungen stehen in direktem Gegensatz zu den auf den Parteitagen der CDU von 2003 und 2009 von ihr selbst vertretenen Positionen – und verstoßen in etlichen Bereichen gegen das Grundgesetz.

Mag es ihre zweifelhafte Herkunft aus einem sozialistisch/roten Pfarrhaus oder die leninistisch-marxistische Ausbildung in ihrer Jugend sein, sie hat die Begriffe Deutschland, Freiheit, Recht und Demokratie nie verinnerlicht.

Grüne Wahnideen von der Energiewende bis zu dem katastrophalen Willkommensgruß von Millionen fremder Menschen und der irrsinnigen Behauptung, der Islam gehöre zu Deutschland, übernahm sie und ist dabei, eine Jahrtausend alte Kultur zu gefährden: Deutschland droht als Nation von ihr in Frage gestellt zu werden – von innen wie von außen. Das wird unserer Kultur schaden, wenn sie – was geradewegs fühlbar ist – den Weg zu den Grünen zu Ende gegangen sein wird und die Bundesregierung im Herbst in Grüne Hände wird übergeben können. Da wächst dann zusammen, was das Land zerstört.

Die CDU, die Grünen und das andere, das neue Deutschland

Nachdem Merkel schon große und grundlegende Positionen der CDU geräumt hat, nähert sich Schwarz eiligen Schrittes Grün an – und nicht etwa umgekehrt. In Baden-Württemberg ist der Übergang schon längst erfolgt. Und Schäubles Schwiegersohn Thomas Strobl faselt im SWR etwas von staatsmännischer Haltung und Verantwortungsbewußtsein für unser Land usw.

Das brave Parteimitglied staunt und seufzt oder verläßt verzweifelt die CDU. Wie postengeil, wie Ministeramt-besessen muß man sein, nun auch noch einen solchen Sprung hinzunehmen! Wir reden hier nicht über die SPD oder die FDP, sondern über die Partei „Die Grünen", deren programmatische (und praktizierte!) Grundlagen völlig unvereinbar mit den Unions-Grundsatzpositionen sind.

Noch vor wenigen Jahren wäre allein die Möglichkeit einer Koalition zwischen Christdemokraten und Grünen kaum denkbar gewesen – sieht man einmal von den unseligen Annäherungsversuchen der Pizza-Connection ab, über die wir damals gelacht haben. Das Lachen bleibt uns heute im Halse stecken. Die Pizza scheint der neuen CDU zu schmecken.

Was die CDU nicht mehr erkennt: Der „brave Landesvater" Kretschmann ist aktiver Katholik, geht sonntags nebst Familie in die Kirche und füllt somit auch diese Lücke der CDU. Das hat sich die CDU, allen voran ihre frühere Bundesvorsitzende, selbst zuzuschreiben. Die CDU hat in den letzten zehn Jahren ihre Mitgliederzahl nahezu halbiert.

„Deutschland ist Scheiße"
Nachdem die Grünen sich in Windeseile in den 1980er Jahren ihrer konservativen Basis entledigt hatten, eroberte der Geist der APO, also der „Frankfurter Schule", die Politik der grünen Gesellschaftsveränderer. Das reicht von A bis Z – von ***A***ntichristlich bis zu ***Z***entralistisch (vor allem in Europa) oder auch von ***A***ntideutsch bis (zur Verneinung der) ***Z***weigeschlechtlichkeit.

„Nation" wird eher zum Schimpfwort. „Nationale Identität" klingt entsprechend der Meinungsmache der Grünen eher nach Faschis-

mus denn nach Kultur. „Kulturelle Identität“ heißt seit 2015 und hinfort „Willkommenskultur“, der alles Deutsche geopfert wird. Die Grünen haben uns zu „Schämlingen“ gemacht. Aus Scham („Nie wieder Auschwitz!“) machen wir Politik – und zahlen für alle Welt, weil wir ständig „etwas gutzumachen haben“. Das ist grüner Standard, der sich deutschlandweit breitgemacht hat!

Claudia Roth ist Ende 2015 bei einer Anti-AfD-Demonstration mitmarschiert, bei der „Deutschland, Du mieses Stück Scheiße“ und „Deutschland verrecke“ skandiert wurde. „Grün“ – das heißt eben: „Deutschland ist Scheiße!“ Und das I-Tüpfelchen: Zum Nationalfeiertag 3. Oktober 2015 veröffentlichte die „Grüne Jugend“ den Wunsch, Deutschland abzuschaffen (Focus online 04.10.2015). Mal sehen, was ihnen zum nächsten 3. Oktober einfällt.

Der Nationalstaat als demokratischer Rechtsstaat (GG Art. 20) hat ausgedient. Er wird umgedeutet, geleugnet, und eine tiefe Feindseligkeit gegen das eigene deutsche Volk wird erkennbar. Selbst der „arglose“ (dachte man) Fußball hat keine „Nationalmannschaft“ mehr, sondern nur noch eine „Mannschaft“. Grüner Geist wirkt – und zersetzt die Gesellschaft.

Von A – Z gesellschaftsverändernd

Rufen wir uns doch ´mal wieder die „Generalplanung“ der Grünen ins Bewußtsein: Der „Neue Mensch“, die „Neue Gesellschaft“. Die Grünen wollen eine andere Gesellschaft, in deren Mittelpunkt der „Neue Mensch“ steht. Die Gender-Ideologie hat diese Partei vollkommen verinnerlicht. Gottes Schöpfung wird auf den Kopf gestellt, was allein schon dadurch, aber besonders signifikant sichtbar wird, daß die Grünen nicht mehr von den Ur-Geschlechtern „Mann“ und „Frau“ ausgehen, sondern von (bis heute) mindestens 60 „Geschlechtern“, für die die Gesellschaft natürlich gleiche Grundlagen schaffen muß – inklusive getrennter Klos und Aufhebung des Inzestverbots. Jeder „darf“ mit Jeder oder Jedem, auch bald mit Kindern oder Tieren.

Die Pädophilie-Neigung etlicher grüner Genossen ist uns noch in Erinnerung, und ein Kernstück Pädophilie steckt immer noch in dieser Partei. Das Pädophilievirus der Grünen hat allerdings inzwischen einen neuen Namen: „Frühsexualisierung“, also sich früh im Rahmen der Erziehung bzw. Schule den Kleinen enger nähern zu können, als denen

guttut. Und der neue allumfassende Geschlechterbegriff trägt den Namen „LSBTTIQ“ – so irre wie dieses Kürzel ist auch die Ideologie, die dahintersteckt.

Damit einher geht die Zerstörung der Institution „Familie“. An deren Stelle tritt der fürsorgliche Staat in nahezu allen Bereichen des Lebens – von der „sexuellen Früherziehung“ über die Bejahung der Promiskuität bis zur „Sterbehilfe“, vornehm „Sterben in Würde“ genannt. Und für ungewollte Schwangerschaften hält man das Instrument der Abtreibung – staatlich finanziert natürlich – bereit, eine Lizenz zum Töten (ungeborenen Lebens). Klar auch, damit hat die alte Mann/Frau/Kind-Familie ausgedient. Es soll heiraten können, wer mit wem auch immer möchte. Die Kinder bringt der Klapperstorch.

Um das alles zu verdauen, braucht man schon ein paar Drogen. Logisch, daß die Grünen sie weitgehend freigeben wollen, uns andererseits aber nur zu gerne vorschreiben, was wir zu essen und zu trinken haben; der „Veggieday“ läßt grüßen.

Es bleibt unfaßbar, daß bis auf die AfD jede der in unseren Parlamenten vertretene Partei diesen Unfug nicht nur übernimmt, sondern auch zum allgemeinen Standard erhoben hat.

Widerspruch zum christlichen Menschenbild
Und wir geben alles auf, was uns ausmacht – allem voran unsere kulturelle Identität. Grün ist antinational und inhuman, bezogen auf das überkommene Menschenbild. Die Flutung unseres Vaterlandes mit nicht integrationsbereiten Menschen, die aus völlig anderen Kulturen kommen, helfen der grünen Uridee: der neue Einheits-Mischlingsmensch!

Ich kann beim besten Willen nicht erkennen, wie die CDU auf Dauer mit diesen Widersprüchen zum eigenen Programm, zur eigenen Tradition und vor allem zum eigenen christlichen Menschenbild zurechtkommen will. Sie wird es nicht können – aber tut es, des puren Machtstrebens bzw. Machterhalts willen. Man muß kein Prophet sein, der CDU nicht nur einen weiteren Mitglieder-Aderlaß vorherzusagen, sondern auch einen tiefen Fall.

Adé Leitkultur! WIR müssen uns integrieren!
Leitkultur war gestern. Nicht die Migranten, sondern die teutonischen

Alteingesessenen müssen sich integrieren. Aydan Özoguz – 2011 bis 2017 eine der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der SPD und von 2013 bis 2018 Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Staatsministerin) – formulierte unmißverständlich:

„Wir stehen vor einem fundamentalen Wandel. Unsere Gesellschaft wird weiter vielfältiger werden, das wird auch anstrengend, mitunter schmerzhaft sein.“ **Das Zusammenleben müsse täglich neu ausgehandelt werden. Eine Einwanderungsgesellschaft zu sein heiße, *„daß sich nicht nur die Menschen, die zu uns kommen, integrieren müssen“*.**

Da darf die inoffizielle Integrationsbeauftragte Claudia Roth nicht fehlen. Die Integration der Deutschen ist ihre Chefsache. Also sieht Claudia Roth hier keine Kompromisse, sondern doziert drohend:

„Wir haben eine multikulturelle Gesellschaft in Deutschland, ob es einem gefällt oder nicht […] Die Grünen werden sich in der Einwanderungspolitik nicht in die Defensive drängen lassen nach dem Motto: Der Traum von Multi-Kulti ist vorbei.“
(FAZ.net, 20. November 2004)

Deutschland im Stechschritt ins Grüne! Wer glaubt da noch an eine Umkehr?

*****

Das Bundestagswahlprogramm der Grünen
Das Wahlprogramm wurde auf dem digitalen Parteitag vom 11. bis 13. Juni 2021 von den grünen Delegierten diskutiert und beschlossen. Die finale Fassung lag zur Druckfassung dieser Broschüre leider noch nicht vor.

Generelle Kritik: In dem Papier zeigt sich ein zutiefst etatistisches und dirigistisches Gesellschaftsbild, in dem der regulierende Staat viel und die individuelle Freiheit wenig zählt.

Einen tiefergehenden Überblick über das Bundestagswahlprogramm der Grünen bietet ein Artikel des Deutschlandfunks, aus dem wir hier zitieren:

Was im Wahlprogramm der Grünen steht
Mehr Klimaschutz, ein schnellerer Kohleausstieg, mehr Investitionen, aber auch höhere Schulden. Die Grünen haben ihr Programm zur Bundestagswahl mit 98 Prozent Zustimmung beschlossen. Die Partei will damit ihren Anspruch auf das Kanzleramt untermauern. Die wichtigsten Inhalte – und Knackpunkte:

Die Grünen möchten wieder regieren. 16 Jahre lang waren sie jetzt in der Opposition, lediglich von 1998 bis 2005 gehörten sie der Bundesregierung an. Damals waren sie Juniorpartner der SPD, diesmal rechnen sie sich Chancen aus, das Kanzleramt zu erobern und haben Annalena Baerbock als Kanzlerkandidatin bekanntgegeben.

Am 13. Juni hat die Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen auch das Programm mit dem Titel „Deutschland. Alles ist drin“ verabschiedet. Die Delegierten votierten mit 696 von 710 abgegebenen Stimmen (98 Prozent) dafür. Zuvor hatte es über 3.000 Änderungsanträge gegeben, die allerdings überwiegend abgelehnt worden sind.

Was fordern die Grünen?
Die Forderungen der Grünen konzentrieren sich vor allem auf Klimaschutz- und soziale Themen. Die Kernpunkte sind:

Klima
Geplant ist ein **„Klimaschutz-Sofortprogramm“**. Das Klimaziel soll angehoben werden: 70 Prozent weniger Treibhausgase im Jahr 2030 als 1990. Derzeit liegt das Ziel bei 65 Prozent. Der im Januar eingeführte **CO_2-Preis** für Verkehr und Wärme soll 2023 bereits 60 Euro (derzeit 25 Euro) pro Tonne betragen. Um vor allem Geringverdiener und Familien zu entlasten, soll ein **Energiegeld** an alle Bürger zurückfließen. Die Grünen wollen sich „dafür einsetzen“, daß der **Kohleausstieg 2030** „vollendet“ wird (derzeit 2038).

Steuern
Um kleine und mittlere Einkommen zu entlasten, soll der **Grundfreibetrag** der Einkommensteuer erhöht werden. Zur Finanzierung steigt der **Spitzensteuersatz** für hohe Einkommen in zwei Stufen um drei und um sechs Prozentpunkte. Ab einem Einkommen von 100.000 Euro für Alleinstehende (200.000 Euro für Paare) läge der Spitzensteuersatz bei 45 Prozent und ab einem Einkommen von 250.000 (500.000) Euro bei

48 Prozent. „Zusätzlich werden hohe Managergehälter oberhalb von 500.000 Euro nicht mehr zum Abzug als Betriebsausgaben zugelassen“, heißt es in dem Programm.

Zudem soll eine **Vermögenssteuer** für Vermögen von mehr als zwei Millionen Euro pro Person eingeführt werden, die jährlich ein Prozent betragen und den Ländern für die Finanzierung von Bildungsaufgaben zugutekommen soll. Um z. B. Aktienanleger zu entlasten und hingegen Menschen mit hohen Zinseinkommen und Spekulationsgewinnen stärker zu besteuern, wollen die Grünen die Abgeltungssteuer für Kapitalerträge abschaffen – stattdessen werden diese Einkommen dann wieder progressiv besteuert, so der Plan.

Außerdem sollen **vegane Milchalternativen** steuerlich mit Milchprodukten gleichgestellt werden und den reduzierten Mehrwertsteuersatz bekommen.

Soziales
Die Regelsätze von **Hartz IV,** von der früheren rot-grünen Bundesregierung eingeführt, sollen als Sofortmaßnahme um mindestens 50 Euro angehoben werden. Später soll das gesamte System vollständig durch eine **Garantiesicherung** ersetzt werden, welche auf Sanktionsmaßnahmen verzichtet.

Außerdem gehen die Grünen mit der Forderung nach einer Erhöhung des **Mindestlohns** auf zwölf Euro in den Wahlkampf. Ein Antrag aus den Reihen der Delegierten, 13 Euro als Ziel ins Wahlprogramm zu schreiben, wurde abgelehnt. Eine Kindergrundsicherung soll bisherige Leistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag und Sozialgeld bündeln.

Verkehr
Das Programm sieht vor, daß ab 2030 nur noch **emissionsfreie Autos** neu zugelassen werden. Der Kauf emissionsfreier Autos soll über ein Bonus-Malus-System in der Kfz-Steuer gefördert werden. Pendlern mit niedrigem Einkommen soll ein „Fonds für Transformationszuschüsse“ beim Umstieg auf ein emissionsfreies Auto helfen.

Auf deutschen Autobahnen soll ein Tempolimit, genannt **„Sicherheitstempo“**, von 130 Stundenkilometern gelten. Ein massiver Ausbau der Bahnverbindungen soll Kurzstreckenflüge bis 2030 überflüssig ma-

chen. Ebenfalls ist ein Ausbau des Radwegenetzes geplant. Alle Radwege sollen sich „durch hohe Qualität und eine gute Beschilderung auszeichnen“, heißt es im Programmentwurf.

*****

Anmerkung P. H.: Auch wenn Frau Baerbock nicht Kanzlerin werden sollte, gehen viele Fachleute und besonders die deutschen Autobauer von einer Regierungsbeteiligung der Grünen aus, die Deutschland grundlegend verändern wird. Das längst vorgesehene Tempolimit von 130 km/h dürfte dann eine der ersten Maßnahmen sein, die ein grüner Verkehrsminister umsetzen wird.

Einen logischen Grund gibt es dafür nicht, denn die Zahl der Verkehrstoten auf Autobahnen geht immer weiter zurück, Autos werden sicherer, die meisten Abschnitte unterliegen längst einer Geschwindigkeitsbegrenzung, und es kommt da auch die Elektromobilität hinzu. Schnelles Fahren wird mit den strombetriebenen Energiefressern nicht mehr möglich sein. Aber es geht mal wieder um ideologisch getriebene Symbolpolitik. Und darin ist unser Land groß.

*****

Wirtschaft und Finanzen
Die Grünen wollen die **Schuldenbremse** im Grundgesetz umbauen, um über Kredite zusätzliche jährliche Investitionen von 50 Milliarden Euro zu finanzieren – in schnelles Internet, Spitzenforschung, klimaneutrale Infrastrukturen, Ladesäulen, Ausbau der Bahn, emissionsfreie Busse, moderne Stadtentwicklung.

Rente
Die staatlich geförderte private Altersvorsorge nach dem Modell der Riester-Rente soll durch einen **„öffentlich verwalteten Bürgerfonds“** ersetzt werden. Zudem streben die Grünen eine sogenannte Bürgerversicherung an. In einem ersten Schritt dorthin sollen u.a. nicht abgesicherte Selbstständige in die Rentenversicherung aufgenommen werden, denen ansonsten Altersarmut drohe. Aber auch Abgeordnete sollen in die gesetzliche Rentenversicherung integriert werden.

Wohnen
Die Grünen wollen den Anstieg der Wohnkosten mit einem **bundesweiten Mietendeckel** eingrenzen, der „Mietobergrenzen im Bestand“ ermöglicht. Reguläre Mieterhöhungen sollen bei 2,5 Prozent im Jahr innerhalb des Mietspiegels gedeckelt werden.

Integration
Migranten, die bisher nur einen vorübergehenden Duldungsstatus haben, bekommen nach fünf Jahren Aufenthalt ein sicheres **Bleiberecht**.

Sicherheitspolitik
In der Sicherheitspolitik lehnen die Grünen das „willkürliche“ NATO-**Zwei-Prozent-Ziel** ab, wonach Mitgliedsstaaten mindestens zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für den Militäretat ausgeben sollen.

Die Beschaffung **bewaffneter Drohnen** für die Bundeswehr lehnen die Grünen hingegen nicht mehr kategorisch ab, wenn sie Soldaten in Einsatzgebieten schützen sollen. Ein Antrag, mit dem bewaffnete Drohnen weiter abgelehnt wurden, unterlag in der Abstimmung sehr knapp mit 343 gegen 347 Stimmen.

Was sagen die Grünen selbst über ihre Pläne?

Die Grünen-Bundesvorsitzende Annalena Baerbock sprach von einem „Angebot für die Breite der Gesellschaft“.

CDU, CSU und SPD seien „erlahmt und müde“ nach all den Jahren in der Großen Koalition, sagte der Grünen-Bundesvorsitzende Robert Habeck. Das Erscheinungsbild der Republik sei „saturiert, müde, wandlungsunlustig, ja mittelmäßig“. Das grüne Gegenmittel: „Eine Vitaminspritze für dieses Land“ – womit er den Entwurf für das Wahlprogramm meinte.

Grüne Jugend: „Der Staat soll jedem ein bedingungsloses Jobangebot machen“
Anna Peters, Vorsitzende der Grünen Jugend, hat angekündigt, mit einer Gerechtigkeitskampagne in den Wahlkampf zu gehen. Sie fordert eine Jobgarantie.

Eine Minderheit in der Partei hätte sich allerdings schärfere Positionen gewünscht. Der „Fridays for Future“-Klimaaktivist Jakob Blasel, der für die Grünen in den Bundestag will, hatte in einem Änderungsantrag eine deutliche Verschärfung der Klimaziele verlangt. Ein CO_2-Preis von 60 Euro sei viel zu günstig, argumentierte er auf dem Parteitag. Blasel hatte eine Erhöhung von 80 Euro und danach eine jährliche Steigerung von 15 Euro pro Jahr gefordert, doch der Antrag wurde abgelehnt.

Daß viele verschärfende Änderungsanträge auf dem Parteitag abgelehnt wurden, sei kein Zeichen für schwindende Basisdemokratie, sagte Claudia Roth, Vizepräsidentin des Bundestags im Deutschlandfunk. Das beschlossene Programm habe ambitionierte Ziele für den Klimaschutz, sei aber gleichzeitig realistisch. Man müsse sich erreichbare Ziele stecken.

Baerbock: „Jetzt überall auf Klimaneutralität umstellen“
Eine Politik, die auf erneuerbare und fossile Energie zugleich setze, könne nicht klimaneutral werden, sagte Annalena Baerbock im Dlf und forderte entsprechende Gesetzesänderungen.

Wie beurteilen andere das Wahlprogramm der Grünen?

Der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen sprach von einem „Fahrplan in den ‚Öko‘-Sozialismus“. Arbeitgeber-Präsident Rainer Dulger nennt das Wahlprogramm ein „wildes Sammelsurium aus höheren Steuern, zusätzlichen Regulierungen, mehr Abgaben“. So werde der Umbau zu einer nachhaltigeren Wirtschaft nicht funktionieren. Es brauche Investitionen, die aber auch erwirtschaftet werden müßten. Das Programm der Grünen werde jedoch nicht für Dynamik und Beschäftigung, sondern für mehr Belastungen und Barrieren sorgen.

Aber auch aus der entgegengesetzten politischen Richtung kam Kritik: Der Naturschutzbund NABU vermißt im Programm ein Moratorium für den Autobahnneubau.

Den Grünen gehe es um einen „sozial-ökologischen Umbau“ des Landes, erklärt Dlf-Hauptstadtkorrespondent Klaus Remme. Wichtigstes Thema sei die Klimapolitik. Wer die geplante Verschärfung des Klimaziels nicht mitgehen wolle, sei für die Grünen nicht koalitionsfähig. Gleichzeitig setze man die Forderungen bewußt kompromißbereit,

denn das Ziel sei klar: Die Partei wolle die politische Führung im Land übernehmen. „Das wird die großen Ausschläge nach links in Richtung Radikalität wegnehmen“, meint Remme.

Das Wahlprogramm sei klar auf die politischen Linien der Vorsitzenden Baerbock und Habeck zurückzuführen, sagte Remme. Zielgruppe sei dabei die gesamte Breite der Gesellschaft und nicht nur die grüne Kernklientel. Das habe man auch an der Wortwahl auf dem Parteitag gemerkt. Habeck habe seine Rede immer wieder mit der direkten Anrede „meine Damen und Herren“ unterbrochen, Baerbock habe immer wieder „liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger“ eingebaut. „Das ist kein Parteitagssprech, das zielt eindeutig auf Mehrheiten in der Gesellschaft“, sagte Remme.

Grünen-Chef Habeck: „Zurück zur alten Normalität ist kein wünschenswerter Zustand“

Agrarwende, Finanzwende, Verkehrswende: Veränderung sei notwendig, betonte Robert Habeck, Co-Chef der Grünen, im Dlf und forderte Investitionen.

Die Parteiführung sei sehr klar darin, daß sie sich deshalb gegen einen zu radikalen Kurs stemme und vertrete diese Linie auch direkt und offen. Ob höherer CO_2-Preis oder früherer Ausstieg aus den Verbrenner-Motoren, die Parteispitze habe sich immer mit klaren Worten dagegen ausgesprochen und eine Verschärfung des Programms erfolgreich verhindert.

Trotz des Kompromiß-Kurses gebe es aber Knackpunkte, die in Koalitionsverhandlungen kritisch werden könnten, meint Remme. So würde die Union nicht ohne weiteres bei den geplanten Milliardeninvestitionen mitspielen, da diese kreditfinanziert werden sollen. Dazu sei eine Grundgesetzänderung notwendig, und das sei ein „veritables Problem“, so Remme.

(Quellen: Klaus Remme, dpa, rtr, AFP, tei, pto – https://www.deutschlandfunk.de/bundestagswahl-2021-was-im-wahlprogramm-der-gruenen-steht.2897.de.html?dram:article_id=494383)

*****

Mein persönliches Fazit:

Die Grünen sind die neuen Meinungsdiktatoren in Deutschland. „Toleranz“ ist diesen Leuten so fremd wie mir die Akzeptanz solcher gesellschaftsgefährdender Ideen, wie sie die Grünen – mit und ohne Tarnkappe – uns aufoktroyieren wollen. Aber, liebe Landsleute, hinter diesen Verirrten steht „die ‚neue’ Gesellschaft“, die die Grünen anstreben.

Die linksgrüne „Neue Gesellschaft“ ist aber nicht das deutsche Volk! Das Volk sind wir! Die selbsternannten „politischen Eliten“ mögen unter sich bleiben.

Im Klartext: Die Grünen brauchen wir nicht! Sie schaden dem Volk! Aber Achtung: Die Grünen wollen regieren – mit aller Macht.

Gott schütze unser Vaterland!

Peter Helmes, im Juli 2021

Der Autor

Peter Helmes

Geboren 1943 in Bad Hönningen/Rhein. Abendstudium der Volks- und Betriebswirtschaft, Marketing, Organisation und Philosophie. 1959 Eintritt in Junge Union und CDU (zeitweise auch CSU). Zwischen 1969 und 1996 verschiedene leitende Stationen in der CDU/CSU, u. a. als Bundesgeschäftsführer der Jungen Union, Generalsekretär des Weltverbandes der JU, Hauptgeschäftsführer der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigung, Mit-Organisator der jährlichen Stern-Fahrten nach Berlin und der Protestkundgebungen zum „17. Juni“ und „13. August“ (Mauerbau) mit bis zu 20.000 Teilnehmern.

Bei der Bundestagswahl 1980 Mitglied im Wahlkampfstab von Franz Josef Strauß als Bundesgeschäftsführer der „Bürgeraktion Demokraten für Strauß“, aus der die Konservative Aktion hervorging, die er gemeinsam mit Joachim Siegerist, Gerhard Löwenthal, Ludek Pachmann, Ludwig Eckes, und RA Dr. Ossmann gründete und die die Vorläuferin der jetzigen „Deutschen Konservativen“ war.

Von Ende 1980 bis 1986 arbeitete er in der freien Wirtschaft als Hauptgeschäftsführer eines bundesweit tätigen Bauinvestors mit rd. 400 Mio. Umsatz. Seit 1996 ist Helmes selbständiger Publizist. Ab 1991 lehrte er 20 Jahre lang als freiberuflicher Dozent am Verbands-Management Institut der Universität Freiburg (CH) zu den Themen Lobbying und Umgang mit den Medien. 1979 verlieh ihm für seine „Verdienste um die europäische Integration“ Gaston Thorn (ehemaliger Präsident der Europäischen Kommission) den „Pour le Mérite Européen“. 1983 erhielt er die „Lobkovicz-Medaille“ für Verdienste um den Mittelstand.

Helmes ist Verfasser vieler Broschüren und Bücher zu den Themen Die Grünen, Europa, Gewerkschaften, Mittelstand und Medien sowie Chefkorrespondent des „Deutschland-Magazin“ bei den Deutschen Konservativen e.V., Hamburg.

Peter Helmes erreichen Sie postalisch über Die Deutschen Konservativen, Postfach 76 03 09, 22053 Hamburg oder direkt per: E-mail: Peter.Helmes@t-online.de.

Totalitäres Grünzeug

Die Grünen sind die neuen Meinungsdiktatoren Deutschlands. „Toleranz“ ist diesen Leuten fremd. Die gesellschaftsgefährdenden Ideen, wie sie die Grünen – mit und ohne Tarnkappe – uns aufoktroyieren wollen, müssen durchschaut und verhindert werden. Hinter diesen Verirrten steht die linksgrüne „Neue Gesellschaft“, die die Grünen anstreben. Die linksgrüne „Neue Gesellschaft“ ist aber nicht das deutsche Volk! Die selbsternannten „politischen Eliten“ mögen unter sich bleiben. Im Klartext: Die Grünen brauchen wir nicht! Sie sind schädlich für das Volk! Aber Achtung: Die Grünen wollen regieren – mit aller Macht.
Die übelsten und gefährlichsten Verfehlungen der Grünen hat Peter Helmes in dieser Broschüre zusammengefaßt. Diese Lektüre wird ein ganz, ganz schwerer Schlag gegen diejenigen, die uns vorschreiben wollen, was wir politisch noch sagen dürfen und was politisch korrekt ist.